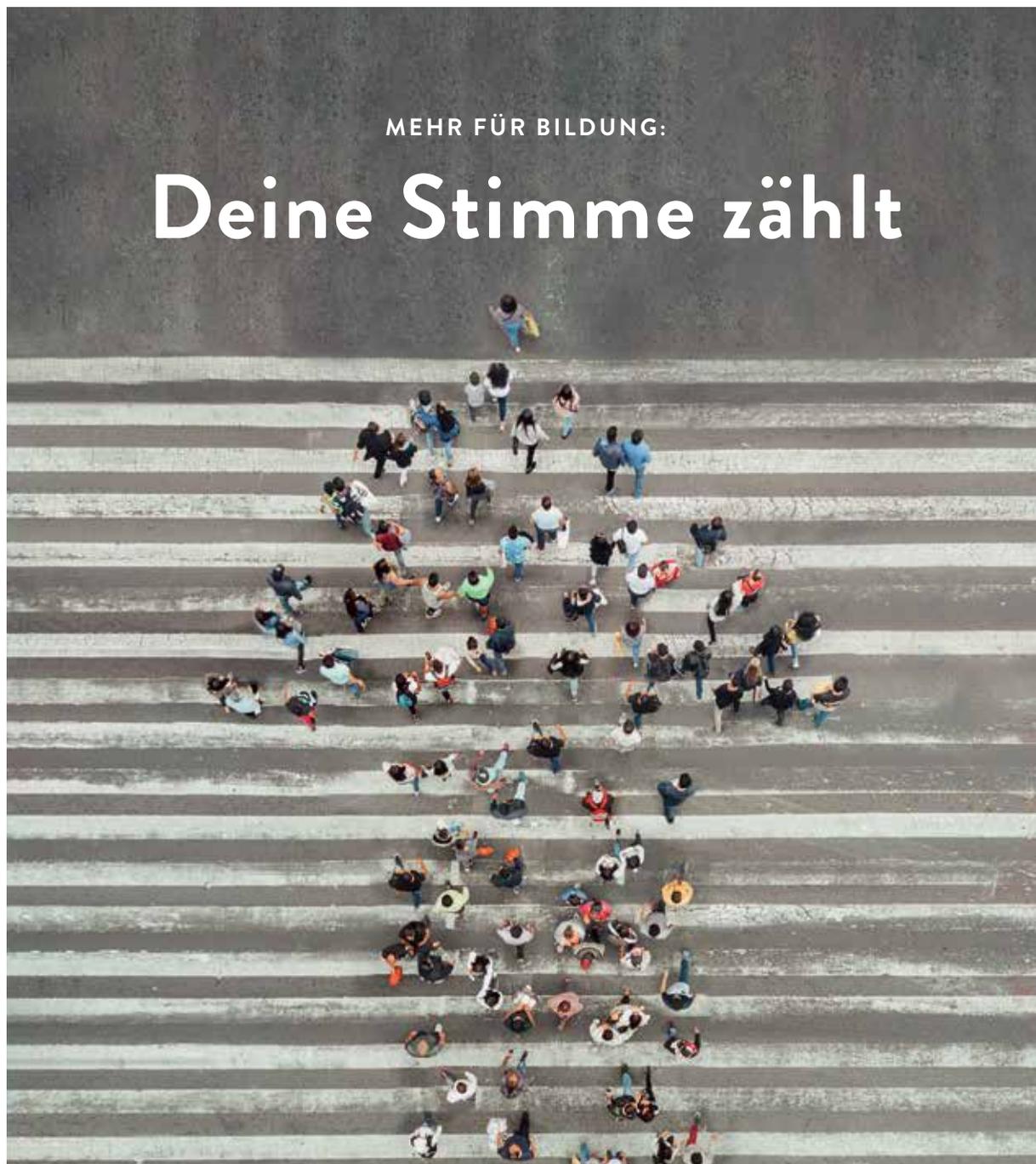


02
2022

lautstark.

DEIN MITGLIEDERMAGAZIN



MEHR FÜR BILDUNG:

Deine Stimme zählt

THEMENHEFT: WAHLEN

Bei der Landtagswahl werden die politischen Weichen für NRW neu gestellt. Mit über 46.000 Mitgliedern hat die GEW NRW eine starke Stimme. Und auch die Bildungsgewerkschaft wählt ihren Kurs für die nächsten Jahre: beim Gewerkschaftstag. Mit dir können wir etwas verändern!

Jetzt online bestellen

nds-verlag.de 



Ludger Brüning / Tobias Saum

Classroom Management

Die Grundlage guten Unterrichts

Gutes Classroom Management schafft die Voraussetzungen für erfolgreichen Unterricht. Wie kann das gelingen – auch in schwierigen Lerngruppen? Praxisnah und lebendig beantworten Ludger Brüning und Tobias Saum alle wesentlichen Fragen dazu.

Langjährige Unterrichtserfahrung auf der einen Seite und die Forschungen zum Classroom Management sowie zur Lernpsychologie auf der anderen Seite verbinden sich zu einem echten Praxisbuch.

Dieses Buch gehört in jedes Lehrerzimmer – und richtet sich an Newcomer*innen und Profis.

29,80 Euro / 210 Seiten / ISBN: 978-3-87964-325-7

Einführungspreis bis 31.05.2022: 24,80 Euro!

MEHR FÜR Bildung

Gute Bildung braucht mehr: Über die gesamte Bildungsbiografie hinweg fordert die GEW NRW von der neuen Landesregierung die gleichen Bildungschancen für alle und ein krisenfestes Bildungssystem. Sie fordert, in Bildung und damit in Zukunft zu investieren, die Arbeitsqualität zu steigern und das Personal an allen Stellen aufzustocken.

Wer in Zukunft in NRW gute Bildungspolitik machen will, muss sich an unseren Wahlprüfsteinen messen lassen.

+++

Alle Wahlprüfsteine der GEW NRW
zur Landtagswahl im Detail
gew-nrw.de/landtagswahl2022



Wen wählen für gute Bildung in NRW?

Am 15. Mai 2022 wählt NRW eine neue Landesregierung. Wir haben die fünf großen demokratischen Parteien auf ihre bildungspolitischen Vorstellungen und Ziele hin abgeklopft.

SEITE 10

GEW NRW wählt neu

Auf dem Gewerkschaftstag vom 19. bis 21. Mai 2022 in Wuppertal stehen unter anderem Wahlen im geschäftsführenden Vorstand an. Die Kandidat*innen stellen sich vor.

SEITE 24

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

- 08 **Und täglich grüßt das Murmeltier**
Zur Schulpolitik der vergangenen fünf Jahre
- 10 **Wen wählen für gute Bildung in NRW?**
Der große Parteiencheck

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

- 17 **Am Rand der Belastungsgrenze**
Fachkräftemangel und schlechter Personalschlüssel in Kitas
- 19 **Die Situation in Kitas ist mangelhaft**
Kurzinterview über Missstände und GEW-Forderungen
- 22 **Es läuft einfach nicht rund**
Mangelhafte Arbeitsbedingungen
- 24 **Aktiv die Zukunft gestalten**
GEW NRW wählt neuen Vorstand
- 28 **GEW NRW fordert Mehr für Bildung**
Gewerkschaftstag stellt politische Weichen
- 30 **Die Zeichen stehen auf Veränderung**
GEW-Highlights von 2019 bis 2022

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

- 35 **Neubau und Sanierung könnten Pull-Faktoren werden**
Marode Schulen in NRW
- 39 **Haltung zeigen!**
Kommentar: Klare Kante gegen rechts
- 40 **Schulen brauchen mehr Transparenz**
Sozialindex muss nachgebessert werden
- 43 **Politische Bildung und Neutralität im Einklang**
Leitfaden für Lehrkräfte

INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

- 45 **Die Vorstandsarbeit macht wieder Spaß**
GEW NRW stärken
 - 48 **Ein Sprung ins kalte Wasser**
Ehrenamt stärken
-
- 06 **Kleine Pause**
 - 50 **Ich bin die GEW NRW!**
 - 51 **Ausblick & Impressum**

Dieser *lautstark.* liegt für Mitglieder aus dem Rheinland eine Broschüre des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) bei.



13 Prozent weniger Lehramtsabsolvent*innen

verzeichnet der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) für das Prüfungsjahr 2020. Demnach haben 6.794 Studierende ein Lehramtsstudium (Master of Education oder Staatsexamen Lehramt) an einer nordrhein-westfälischen Hochschule erfolgreich absolviert. Vor zehn Jahren lag die Zahl noch bei 7.862 Absolvent*innen.

Quelle: IT.NRW, 2022



Spendenkonten

HILFE FÜR UKRAINISCHE KOLLEG*INNEN

Die GEW ruft angesichts des Krieges in der Ukraine zu Spenden für den *Heinrich-Rodenstein-Fonds* auf. Mit den Spenden sollen insbesondere die ukrainischen Bildungsgewerkschaften und ihre Mitglieder unterstützt werden. Auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste und rufen ihre Mitglieder deshalb zu Spenden auf, um so den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten zu helfen. Der Verein *Gewerkschaften helfen e. V.* hat dafür ein Spendenkonto eingerichtet.

Spendenaufrufe der Gewerkschaften

tinyurl.com/ukraine-spenden

Umfrage zur Website

WIR WOLLEN BESSER WERDEN

Anhand von sieben kurzen Fragen möchten wir deine Meinung zur Website der GEW NRW erfahren. Sag uns, wie du unseren Webauftritt nutzt, welche Formate und Infos dir gut gefallen und was dir fehlt – denn deine Meinung ist uns wichtig! Die Teilnahme dauert nur wenige Minuten und hilft uns, dir ein passgenaueres Angebot zu machen. Wir freuen uns, wenn du mitmachst, und sagen schon jetzt: vielen Dank!

Hier gehts zur Umfrage

gew-nrw.tiny.us/befragung



- **Heinrich-Rodenstein-Fonds**
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24
BIC: HELADEF3333
Stichwort: Ukraine
- **Gewerkschaften helfen e. V.**
Nord LB
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX
Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

VERSTEHEN

Gesellschaft und Verantwortung

„Strukturelle Defizite haben
eine lange Tradition in NRW.
Man wähnt sich in einer Zeitschleife.
Mehr für Bildung ist zwingend
erforderlich und machbar.“

AYLA ÇELİK

Vorsitzende der GEW NRW

Und täglich grüßt das Murmeltier



2017 traten die Koalitionär*innen mit dem Ziel an, den Aufstieg durch Bildung möglich zu machen. Sie wollten als verlässliche Partner*innen der Schulen und Bildungseinrichtungen beste Bedingungen für die Bildung der Schüler*innen in Nordrhein-Westfalen schaffen. Nicht eingelöst – so muss das Fazit lauten. Und man glaubt, in einer Zeitschleife zu sein.

Wir könnten uns in einem Rückblick bewertend mit konkreten Maßnahmen wie der Rückkehr zu G9, der Neuausrichtung der Inklusion, dem neuen Sozialindex oder dem Masterplan Grundschule befassen. Wir könnten noch einmal die Kommunikation in der Pandemie beleuchten, die im WDR „Wundertütenkommunikation“ genannt wurde. Wir könnten uns damit befassen, welche Folgen programmatische Vorgaben hatten, denen zufolge es gelte die Benachteiligung des Gymnasiums zu beseitigen und Schulen besser würden, wenn betriebswirtschaftliche Steuerungselemente zur Geltung kämen. Wir schauen stattdessen, ob es in fünf Jahren Schwarz-Gelb gelungen ist, die gesellschaftlich breit akzeptierten Grundprobleme des Schulsystems zu beheben.

Die Schul- und Bildungsfinanzierung ist weiter mangelhaft

Die Landesregierung verweist auf einen steigenden Bildungsetat im Landeshaushalt und einen Stellenzuwachs. Sie lobt sich

zum Beispiel für mehr Ausgaben für den Ganztag und beteuert, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung gestellt zu haben. Das war notwendig aufgrund steigender gesellschaftlicher Bedarfe und wegen neuer Aufgaben, die den Schulen übertragen wurden. Es war jedoch nicht hinreichend.

Vergleicht man die Ausgaben der Bundesländer pro Schüler*in, befindet NRW sich noch immer am Ende der Rangliste. Sucht man nach Erklärungen für zugige Klassen mit undichten Fenstern, so reicht ein Blick in die Berechnungen zum Sanierungsstau bei Schulen und Hochschulen in NRW. Betrachtet man die Lage landauf, landab, so kann man nur mit Zynismus reagieren, wenn man im Koalitionsvertrag von 2017 nachliest, dass für CDU und FDP eine umfassende bauliche Modernisierung unserer Schulen von ganz besonderer Bedeutung sei. NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer wusste 2017, dass sich die Bildungsinfrastruktur viel zu oft im maroden Zustand befindet und unsere Schulen technisch

eher den Geist der 1970er-Jahre als den Geist des digitalen Zeitalters atmen. Und daran – das wurde in der Pandemie offenbar – hat sich wenig geändert. Die notwendige Trendwende bei der Schul- und Bildungsfinanzierung ist ausgeblieben.

Die soziale Schieflage hat sich vergrößert

Schon der erste Satz der sogenannten *Kleinen Regierungserklärung* von Yvonne Gebauer am 4. Oktober 2017 im Schulausschuss im Landtag ließ aufhorchen: „Aufstieg durch Bildung ermöglichen.“ Diesem ehrgeizigen Leitmotiv wollte die Landesregierung in den nächsten Jahren folgen. Und weiter war zu lesen: „Welche Rahmenbedingungen brauchen Schulen, um tatsächlich jedem Kind unabhängig von seiner Herkunft bestmögliche Entfaltung zu ermöglichen?“ Ein überraschendes Leitmotiv für die konservativ-liberale NRW-Koalition.

Es folgten ein Talentschulversuch und ein neuer Sozialindex. Die wenigen Talentschulen erhielten eine angemessene Personalausstattung. Systemisch wirksam wäre jedoch gewesen, die flächendeckende sozialindizierte Ressourcensteuerung durch den neuen Sozialindex mit mehr Personal auszustatten. Ungleiches ungleich zu behandeln, wurde aber nicht eingelöst. Schulen mit schwierigen Rahmenbedingungen warten nach wie vor auf die erforderliche Unterstützung. Das Schul- und Bildungssystem in NRW ist weiterhin nicht in der Lage, die Koppelung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Die Pandemie hat die Lage zudem drastisch verschlechtert.

Der Personalmangel ist dramatisch

Die Diskrepanz zwischen schwarz-gelbem Anspruch und schwarz-gelbem Erfolg ist bei der notwendigen Bekämpfung des Lehrkräftemangels und der Vermeidung von Unterrichtsausfall riesig. Diese Passage im Koalitionsvertrag klingt im Rückblick wie Hohn: „Um für unsere Schülerinnen und Schüler eine bestmögliche individuelle Förderung zu erreichen, werden wir die Erteilung des Unterrichts im Rahmen einer Unterrichtsgarantie sichern und hierzu die Lehrerversorgung an unseren Schulen spürbar verbessern.“ Der Unterrichtsausfall wurde aber nicht reduziert, er wird lediglich intensiv und täglich gemessen.

Maßnahmenpakete sollten den Mangel an Lehrer*innen bekämpfen. Eine Werbekampagne sollte die Trendwende einläuten und es richten. In den derzeitigen Einstellungsverfahren gibt es

jedoch stets neue Rekordzahlen der nicht besetzbaren Stellen. Bei den Grund- und Förderschulen kann nur bei der Hälfte der Stellen Vollzug gemeldet werden. Und auch hier öffnet sich die Schere, nimmt die soziale Schieflage zu, wenn man Städte und Stadtteile vergleicht.

Die Behebung des Lehrkräftemangels war angekündigt, doch eklatanter Personalmangel steigert die Belastung in den Kollegien weiter.

Verlässlich ist anders

Viereinhalb Jahre alt ist dieses Versprechen: „Wir wollen die besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der Reform der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 ziehen.“ Allen aktuellen Interpretationsversuchen zum Trotz: Yvonne Gebauer hat mit diesem Satz im Oktober 2017 die Korrektur der in Teilen verfassungswidrigen Besoldung in NRW angekündigt, das heißt A13Z beziehungsweise EG13 zum Einstieg für alle Lehrer*innen.

Daher ist es letztlich ein Skandal, dass die GEW NRW die Forderung nach gleicher Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit im Landtagswahlkampf 2022 noch immer in den Mittelpunkt stellen muss. Sagen, was man tut. Tun, was man sagt. Eigentlich einfach, verlässlich zu regieren.

Gleiches gilt für die Arbeitsbedingungen, die Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung. Es gibt hier kein Erkenntnisdefizit, es gibt ein Umsetzungsdefizit. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat sich eher ins Gegenteil gekehrt, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung sind weiter gestiegen. Eine Verringerung muss gelingen.

Dass diese gewerkschaftliche Bilanz schwarz-gelben Regierungshandelns gezogen werden muss, ist schlimm. Schlimmer noch ist aber, dass die Unterfinanzierung des Bildungssystems, die soziale Schieflage und der Personalmangel zum Erbe der Landesregierung gehören. Strukturelle Defizite haben eine lange Tradition in NRW. Man wähnt sich in einer Zeitschleife. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Landesregierung – egal in welcher Konstellation – diese Defizite endlich engagiert, vor allem aber wirksam bekämpft. *Mehr für Bildung* ist zwingend erforderlich und machbar. //

Ayla Çelik

Vorsitzende der GEW NRW

Wen wählen für gute Bildung in NRW?

Bildungspolitik spielt traditionell bei den Landtagswahlen eine zentrale Rolle. Doch in diesem Wahlkampf scheint das nicht so zu sein. Da sind die großen globalen Probleme: Krieg in der Ukraine, die Klimakrise, die Pandemie. Und über die Schulstrukturfrage wollen die großen Parteien seit dem Schulkonsens von 2011 ohnehin nicht mehr reden. Wir haben die Wahlprogramme der fünf großen demokratischen Parteien auf ihre bildungspolitischen Vorstellungen und Ziele hin abgeklopft.



„Häufiger als bei anderen Parteien liest man bei der FDP über Schulautonomie und ‚Schulfreiheit‘. Über inner-schulische Demokratie dagegen findet man nichts.“

Die einen brauchen 20 Seiten für ihr Bildungsprogramm, andere nur acht. Und dennoch gibt es bei den Parteiprogrammen eine ganze Reihe von Schnittmengen, sogar bei der FDP und der LINKEN: mehr Lehrer*innen einstellen und sie gerecht bezahlen, für alle Lehrämter gleich; Klassen verkleinern; Digitalisierung voranbringen; keine Abschlüsse ohne Anschluss, also: mehr Durchlässigkeit; mehr Kitaplätze; mehr Ganztage; bessere Bezahlung und an den Hochschulen die Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen. Gewerkschafter*innen könnten ja schon zufrieden sein, wenn wenigstens das nach den Wahlen umgesetzt würde, worüber sich anscheinend alle Parteien einig sind. Aber glaubt das jemand ernsthaft?

Konzentrieren wir uns stattdessen auf die Aussagen, anhand derer sich die Parteien unterscheiden lassen. Aufschlussreicher als der Überbietungswettbewerb – wer bietet mehr Lehrer*innenstellen, wer die kleineren Klassen, wer mehr individuelle Förderung und mehr Talentschulen – ist dabei die Lyrik, in die das Ganze gekleidet ist: Welche Vorstellung von Bildung, von der Aufgabe von Lehrer*innen und Schulen steckt eigentlich hinter den Programmen?

FDP: Chancen für alle durch weltbeste Bildung

Interessant ist schon mal, an welcher Stelle das Bildungsthema auftaucht. Bei der FDP fängt das Programm mit dem Bildungskapitel an. „Wir wollen ein NRW, das Chancen für alle durch weltbeste Bildung bietet.“ Man wäre ja schon froh, wenn NRW wenigstens bundesweit nicht mehr das Schlusslicht bei der Finanzierung der Schulen und den Klassengrößen wäre. Wie bei der FDP zu erwarten, wimmelt es von

Innovation, Fortschritt, Wachstum und Digitalisierung. Das fängt in der Kita an: Das Anmeldeverfahren soll digitalisiert werden, dann müssten Eltern nicht mehr nervenaufreibend suchen. Klar, dass digitale Bildung und die Vorbereitung auf die MINT-Fächer in der Schule neben der Sprachförderung zu den Aufgaben der Kitas gehören. Der Run auf die besten Plätze im Leben muss schon für die Kleinsten organisiert werden.

Kommen wir mit der FDP in die Schule. Hier schreibt sich Schulministerin Yvonne Gebauer die Einführung der Talentschulen und des schulscharfen Sozialindexes auf ihre Fahne. Talente, das seien nicht nur der angehende Nobelpreisträger, heißt es da, sondern auch der künftige Bäckereifachverkäufer. Auch ihm könne eines der 100.000 Stipendien für „förderbedürftige und -würdige Schüler“ zugutekommen, die die FDP für den Fall ihrer weiteren Mitregierung in Aussicht stellt. „Wir wollen Aufsteiger-Geschichten als Hoffnungs-Booster bekannt machen.“ Fragt sich nur, warum man davon bisher nichts gesehen hat. In Zeiten des Fachkräftemangels plädiert die FDP dafür, dass nicht alle Abitur machen müssen. Vielmehr sollten die mittleren Abschlüsse gestärkt werden. Das von der FDP als „Schulvielfalt“ bezeichnete mehrgliedrige Schulsystem müsse erhalten bleiben – bloß keine ideologischen Strukturdebatten!

Doch Bildung ist für die Liberalen mehr als ein Aufstiegsmotor. Die FDP will auch „mehr Verbraucherbildung, um auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten“. Eine verräterische Verkürzung des aufklärerischen Postulats eines selbstbestimmten Lebens. Es ist nur konsequent, dass die FDP als einzige Partei sehr bestimmt die Einführung des Fachs

»

Wirtschaft statt Sozialwissenschaften/Politik fordert. Das sei ein überfälliger Schritt, um das „Verständnis der Aktienmärkte und der Wege von langfristiger Eigentumsbildung“ voranzutreiben.

Häufiger als bei anderen Parteien liest man bei der FDP über Schulautonomie und „Schulfreiheit“, vor allem für die Schulleitungen. Über innerschulische Demokratie dagegen findet man nichts. Man müsse ein neues Verhältnis finden zwischen landesweiten Standards einerseits und Schulfreiheit andererseits. Wer in den letzten Jahren unter Yvonne Gebauer den Mix aus bürokratischer Gängelung und Wettbewerbsideologie erfahren hat, liest das sicher gern.

SPD: Lernen, das lehrreich ist und glücklich macht

Während die FDP sich an Digitalisierung und „Hoffnungs-Boostern“ abarbeitet, meint die SPD: „Lernen in NRW soll lehrreich sein und glücklich machen.“ Schon! Aber wieso ausgerechnet in NRW? Immerhin zeigt sich hier ein anderes Verständnis von Bildung. Die pädagogische Lyrik wird auch mit konkreten Desideraten unterfüttert. Zum Beispiel soll jedes Kind den Anspruch auf eine*n Bildungslots*in ab der Geburt haben. Eine gute Idee. Aber wie soll sie umgesetzt werden? Man darf gespannt sein.

Großes Gewicht wird auf die Förderung der Familien gelegt: Arbeitszeiten sollen familienfreundlich gestaltet, Partner*innenfreistellung in der Elternzeit soll erleichtert werden. Schließlich sollen Familienbüros helfen, etwa beim Beantragen von Elterngeld,

„Großes Gewicht legt die SPD auf die Förderung der Familien: Arbeitszeiten sollen familienfreundlich gestaltet, Partner*innenfreistellung in der Elternzeit soll erleichtert werden.“

um damit auch etwas gegen Kinderarmut zu tun. Mit einem Gesetz für frühkindliche Bildung soll ein besserer Personalschlüssel in den Kitas erreicht werden, deren Finanzierung nach Pauschalen für Buchungszeiten soll durch eine Sockelfinanzierung abgelöst werden.

In den Grundschulen werden 200.000 zusätzliche Ganztagsplätze benötigt, um dem gesetzlichen Anspruch ab 2026 Genüge zu tun. Aber wie sollen sie geschaffen werden? Das bedeutet sehr viel mehr Personal, das braucht Räume – eine gewaltige Aufgabe! Da hilft es erst einmal wenig, wenn in schönen Worten der Wert von individueller Förderung beschrieben wird: „Jedes Kind, das in eine Bibliothek geht, macht etwas richtig!“ Wohl wahr, aber das ist nichts, woran man etwa den Erfolg einer möglichen künftigen SPD-geführten Landesregierung messen könnte. Dann schon eher so ein mutiges Postulat: „Unterricht ist gut, wenn er stattfindet. Deshalb machen wir Schluss mit dem Unterrichtsausfall!“ Mit Unterrichtsausfall hatte die damals noch in der Opposition sitzende CDU die rot-grüne Landesregierung in der vorigen Legislaturperiode vorgeführt. CDU und FDP haben ihn in gemeinsamer Regierungsverantwortung jedoch auch nicht beseitigen können. Nun also zumindest verbal ein neuer Anlauf. Viel Glück!

Vor allem, da noch an jeder (!) Schule ein pädagogisches Zentrum mit Expert*innen eingerichtet werden soll, das auch im Hinblick auf Inklusion pädagogische und sonderpädagogische Expertise, Therapeut*innen und Angebote der Jugendhilfe vorhalten soll. Hinzukommen soll eine „Schnelle Unterstützungsgruppe“ in jedem Schulbezirk. Schließlich soll sich noch eine Bildungskommission um Bildungsinhalte kümmern, die „gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben“ ermöglichen sollen. Anders als die Liberalen betrachten die Sozialdemokrat*innen Bildung also nicht nur als Aufstiegsvehikel und definieren Selbstbestimmung nicht nur über die Rolle als Konsument*in.

CDU: Bildung als Schlüssel für Aufstieg

Die CDU will zwar „machen, worauf es ankommt“, wie es im Titel ihres Programms heißt. Doch da man schon an der Regierung ist, kommt es vor allem auf eines an: weiter an der Regierung zu bleiben. Und so

nimmt die Beschreibung dessen, was man schon erreicht hat, einen großen Teil des Programms ein. Das Bildungskapitel landet unter „Gedöns“ – zusammen mit Gleichstellung, Jugendlichen und Vielfalt, Ehrenamt und dergleichen. Die CDU hat andere Schwerpunkte: Innere Sicherheit steht an erster Stelle, auch Arbeit und Soziales sowie Bauen und Wohnen sind lediglich Unterkapitel von „Sicheres Nordrhein-Westfalen“.

Bildung als Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben? Nein: „Bildung bleibt der Schlüssel für Aufstieg“, lautet der erste Satz des Bildungskapitels. Es dürfe keine Sackgassen in der Schulkarriere geben. Und unmittelbar daran schließt sich an, worum es der CDU vor allem geht: „Daher halten wir an dem gegliederten und bewährten Schulsystem fest.“ Auch hier kein Wort über die Rolle von Gesamtschulen, Sekundarschulen oder über das Schicksal der Hauptschulen.

Das weltbeste Schulsystem, das die FDP sich noch wünscht, scheint für die CDU schon Wirklichkeit zu sein. Und so zeichnet das Programm unter der Überschrift „Das haben wir erreicht“ das Bild eines gut ausgestatteten Schulsystems: 10.000 Lehrkräfte mehr als 2017. Schulverwaltungsassistent*innen entlasten Lehrkräfte. Der schulscharfe Sozialindex hilft den belasteten Schulen. Mit 60 Talentschulen habe man auf soziale Herausforderungen reagiert. 700.000 Schüler*innen habe man mit digitalen Endgeräten ausgestattet.

DIE LINKE: Schule ohne Noten, Schule ohne Hausaufgaben

DIE LINKE bietet das Gegenprogramm zur selbstgefälligen Leistungsbilanz der CDU: Hierzulande habe man die schlechteste Versorgung mit Kitaplätzen, die größten Schulklassen und die geringsten Haushaltsmittel pro Schüler*in. Immer mehr Beschäftigte arbeiteten zu niedrigen Löhnen und unsicheren Bedingungen als Honorarkräfte.

Dann wird es sehr grundsätzlich: Das FDP-geführte Schulministerium habe eine neoliberale Politik betrieben, private Bildungseinrichtungen gefördert und mit der Einführung von „sogenannten Bildungsstandards“, der Propagierung der „sogenannten selbstständigen (Hoch-)Schule“ die öffentlichen Einrichtungen unter den Zwang von Ökonomisierung und Wettbewerb gestellt. >>

„Das Bildungskapitel landet unter ‚Gedöns‘ – zusammen mit Gleichstellung, Jugendlichen und Vielfalt, Ehrenamt und dergleichen. Die CDU hat andere Schwerpunkte.“



FOULSPIEL: PARTEIEN VERLETZEN DEMOKRATISCHE REGELN

Neun Fragen auf der Grundlage unserer Wahlprüfsteine haben wir schriftlich an CDU, SPD, FDP, DIE GRÜNEN und DIE LINKE gerichtet. Die im Landtag vertretenen Parteien haben die Beantwortung verweigert.

Wir erhielten die Rückmeldung, man habe sich auf folgendes Verfahren verständigt: Antworten gebe es nur, wenn die Fragen über ein Internettool eingereicht würden – zugelassen seien höchstens acht Fragen mit jeweils nicht mehr als 300 Zeichen. Wir bestimmen die Regeln. Diskurs, der Zeit und Mühe kostet, soll nicht sein – so die Botschaft. Wir bekamen auch Hinweise, wie die Fragen zusammengefasst und neu formuliert werden könnten. Ein peinliches Foulspiel in der demokratischen Auseinandersetzung.

Zu Beginn der Legislaturperiode haben sich die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN mehr Steuergeld genehmigt. Die Parteien erhalten jährlich auf der Grundlage des Parteiengesetzes eine Teilfinanzierung in Millionenhöhe. Wählt uns, finanziert uns – und haltet euch an Regeln, die wir vorgeben, um den Diskurs zu standardisieren. Das ist schlechter Stil und sorgt für Verdruss.

Michael Schulte

Geschäftsführer der GEW NRW

„Das Wahlprogramm der LINKEN stellt die Losung ‚Schule ohne Noten, Schule ohne Hausaufgaben‘ in den Mittelpunkt – berechnigte Postulate, die aber eher pädagogisch umgesetzt werden müssten als per Gesetz.“

Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Hochschulabschluss, bessere Finanzierung, mehr Personal, gebührenfreier Ganzttag, möglichst in gebundener Form – alles, was das Herz engagierter Bildungspolitiker*innen höherschlagen lässt, findet sich im Wunschkatalog der LINKEN. Und selbstverständlich tritt die Partei für den bedarfsgerechten Ausbau der Gesamtschulen ein und will die Grundschuleinzugsbezirke wieder einführen.

Doch offenbar erschien den linken Bildungspolitiker*innen die Forderung nach der einen Schule für alle doch zu altbacken, die Forderung nach mehr Schulbau ein wenig zu prosaisch. Und so stellt das Wahlprogramm die Losung „Schule ohne Noten, Schule ohne Hausaufgaben“ in den Mittelpunkt – berechnigte Postulate, die aber eher pädagogisch umgesetzt werden müssten als per Gesetz.

In Köln beispielweise fehlen Tausende Schulplätze an Gesamtschulen und Gymnasien. Der Bauzustand der Schulen schreit zum Himmel. Niemand weiß, wo die in den nächsten Jahren fehlenden Lehrkräfte herkommen sollen. Für eine Partei mit dem Anspruch, Anwältin der sozialen Gerechtigkeit zu sein, liegen die Themen, die sich für einen Landtagswahlkampf anböten, buchstäblich auf der Straße.

Doch auch wenn DIE LINKE mit ihrer Schwerpunktsetzung überrascht: An ihrem bildungspolitischen

Programm liegt es nicht, dass ihre Chancen schlecht stehen, wieder in den Landtag einzuziehen.

DIE GRÜNEN: Bildung für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Welt

DIE GRÜNEN können optimistischer in die Wahlen gehen: „Die beste Zeit für NRW liegt noch vor uns“, hoffen sie laut Untertitel ihres 119 Seiten starken Programms – noch vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine geschrieben. Auch bei ihnen ist Bildung eine soziale Frage: Corona hat die Jüngsten und Ärmsten besonders hart getroffen. „Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt halten, wenn nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder nur einen Halbjahresvertrag bekommt?“

Neben der LINKEN sind DIE GRÜNEN die einzige Partei, die sich explizit für die eine Schule für alle ausspricht. Bei den meisten anderen findet sich zwar ein Bekenntnis zu Inklusion, wie sie aber im gegliederten Schulsystem sinnvoll umsetzbar ist, lassen sie offen.

Großen Wert legt das Programm der GRÜNEN auf die Qualität der frühkindlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit – die Ausbildung der Erzieher*innen, ihre Entlastung durch anderes Personal. Studiengänge an den Hochschulen und eine praxisintegrierte Ausbildung sollen den Beruf attraktiv machen.

+ + +

Programme zur
NRW-Landtagswahl 2022:

FDP: *Von hier aus weiter.*

tinyurl.com/fdp-programm

SPD: *Unser Land von morgen.*

tinyurl.com/spd-programm

CDU: *Machen, worauf es ankommt.*

tinyurl.com/cdu-programm-nrw

DIE LINKE: *Mach's gerecht.*

tinyurl.com/linke-programm

DIE GRÜNEN: *Von hier an Zukunft.*

tinyurl.com/gruene-programm

Wie bei der LINKEN finden sich im Wahlprogramm der GRÜNEN einige Ideen, um Kinder und Jugendliche demokratisch stärker zu beteiligen – an der Landes- und Kommunalpolitik sowie in den Schulen selbst. DIE GRÜNEN wollen queere Jugendzentren und Regenbogenfamilien besonders fördern, die Arbeit gegen sexuelle, rassistische und antisemitische Diskriminierung ist ihnen ein Extrapunkt im Programm wert.

Um Bildung unabhängiger vom Geldbeutel zu machen, wollen DIE GRÜNEN die Lernmittelfreiheit auf digitale Lernmittel ausweiten. Für bedürftige Studienanfänger*innen soll es eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro geben, und zwar „unbürokratisch und schnell“.

Schnittmengen zum SPD-Programm finden sich etwa in der Betonung der Familie: Man müsse die Arbeitszeiten in den Betrieben, den ÖPNV und die Öffnungszeiten von Schulen und Kitas besser aufeinander abstimmen. Konkret wird es auch, wenn die GRÜNEN ankündigen, die Finanzierung von Ganztagsplätzen auf 4.000 Euro pro Platz zu verdoppeln und 200.000 zusätzliche Ganztagsplätze schaffen zu wollen.

Ideen mit Potenzial

Trotz der anfangs beschriebenen Gemeinsamkeiten: In ihrem Bildungsverständnis und in den bildungspolitischen Schwerpunkten unterscheiden sich FDP, SPD, CDU, LINKE und GRÜNE immer noch deutlich genug voneinander. Selbst Wähler*innen, die nicht daran glauben, dass nach der Wahl allzu viele Versprechen umgesetzt werden, finden immerhin eine Reihe interessanter Ideen, die es verdienen, weiterverfolgt zu werden, wie zum Beispiel die von der SPD erdachten Bildungslots*innen.

Woher das dringend benötigte pädagogische Personal kommen soll? Woher das Geld kommen soll, um die vielen großzügigen Versprechen auch zu erfüllen? Konkrete Antworten darauf bleiben alle fünf Parteien schuldig. Und die Frage nach der Schulstruktur in einem ziemlich unübersichtlichen System taucht bestenfalls als Merkposten auf. //

Karl-Heinz Heinemann

freier Journalist

„Großen Wert legt das Programm der GRÜNEN auf die Qualität der frühkindlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit – die Ausbildung der Erzieher*innen, ihre Entlastung durch anderes Personal.“

ZUSAMMENHALTEN

Arbeitsplatz und Solidarität

Foto: Alexander Schneider



Am Rand der Belastungsgrenze



Fachkräftemangel und Unterfinanzierung – kaum ein Bericht über Kitas, der ohne diese Begriffe auskommt. In der Praxis bedeuten sie große Belastungen für Beschäftigte und Familien, wie ein Besuch im Kinderhaus Großstadtkrokodile verdeutlicht. Das Team der Essener Einrichtung hat viele Wünsche an die neu zu wählende Landesregierung – ebenso wie der Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW. »

Herausfordernde Situationen gehören zum Alltag im Familienzentrum Großstadtkrokodile in Essen. Leiterin Hemalatha Grundmann und ihre Kolleg*innen arbeiten täglich am Rande ihrer Belastungsgrenze. 44 Kinder zwischen drei und sechs Jahren besuchen die zweigruppige Kindertageseinrichtung im Stadtteil Altenessen. Alle, bis auf zwei, sind aus einem anderen Land nach Deutschland gekommen, zwei haben besonderen Förderbedarf. Bei den Großstadtkrokodilen sollen sie eine gute frühkindliche Bildung erfahren: „Chancengleichheit für eine bessere Zukunft“ hat sich der Träger der Einrichtung, der *Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Ruhrgebiet (VKJ)*, auf die Fahne geschrieben. Doch die Rahmenbedingungen machen die Umsetzung praktisch unmöglich. „Wir kommen in vielerlei Hinsicht nicht hinterher“, sagt Hemalatha Grundmann.

Schlechter Personalschlüssel sorgt für erhebliche Engpässe

Das liegt zunächst einmal am schlechten Personalschlüssel: Vier Erzieher*innen und zwei Kinderpfleger*innen versehen täglich ihren Dienst in der Kita – im Schnitt drei Erwachsene pro Gruppe. „Sobald eine Fachkraft ausfällt, wird es knapp“, erzählt Erzieherin Sylvia Pratzka. Zwar gebe es mittlerweile Springer*innen für den Urlaubs- und Krankheitsfall, die trägerweit eingesetzt würden. „Trotzdem muss der Fachkraft-Kind-Schlüssel endlich verbessert werden“, fordert die 62-Jährige.

Für zusätzliche Fachkräfte schöpft der VKJ verschiedene Bundes- und Landesmittel aus, etwa zur Sprachförderung. Doch gerade im sprachlichen Bereich seien die Defizite vieler Kinder so hoch, dass wirksame Förderangebote nur durch aufwendige Spendenakquise finanziert werden könnten. So

prägen fehlende Sprachkenntnisse bei Kindern und Eltern auch den Gruppenalltag. „Wir haben mit mindestens zehn verschiedenen Muttersprachen zu tun. Da bleibt in vielen Fällen nur die Verständigung mit Händen und Füßen“, sagt Hemalatha Grundmann.

Mit Bilderbüchern versucht das Kitateam, grundlegende deutsche Begriffe zu vermitteln. Doch eine intensive und vor allem individuelle Förderung jedes Kindes sei nicht mehr leistbar, betont Sylvia Pratzka. „Wir erleben Kinder, die sich aufgrund der Sprachbarrieren nur schlecht in die Gruppe integrieren können. Hier wünschen wir uns, diese Kinder intensiver begleiten zu können. Ich denke oft, dass ich den Kindern nicht ausreichend helfen kann, im Leben Fuß zu fassen. Und dann blutet mir das Herz.“

Mangelnde Ressourcen sorgen für psychische Belastungen

Neben diesen psychischen Belastungen sind es auch die äußeren Umstände, die den Alltag so herausfordernd machen: Einst als Pfarrheim genutzt, wird das Kitagebäude den heutigen Anforderungen nur unzureichend gerecht. Voraussichtlich im Sommer 2023 soll deshalb ein Neubau an einem >>

„Ich mache die Arbeit gerne, würde aber jungen Leuten vermutlich eher davon abraten.“

HEMALATHA GRUNDMANN
Leiterin der Kita Großstadtkrokodile in Essen



DIE SITUATION IN KITAS IST MANGELHAFT

Wie sollte die neue Landesregierung das System Kita verändern, damit Kinder von Beginn an faire Bildungschancen erhalten? Marion Vittinghoff, stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW, erläutert die zentralen Missstände und die wichtigsten Forderungen an die Politik.

Wie bewertest du die aktuelle Situation in den Kitas?

Marion Vittinghoff: Sie ist mangelhaft – räumlich wie personell. Die Gruppen sind zu groß, der Lärmpegel ist gesundheitlich belastend. Angesichts der dünnen Personaldecke bringt jeder Krankheitsfall das System ins Wanken. Hinzu kommen unnötige Mehraufwände, etwa durch die schlechte Ausstattung: In vielen Einrichtungen gibt es nicht mal einen Speiseraum. So kann statt individueller Förderung oft nur eine „Verwahrung“ der Kinder gewährleistet werden – obwohl die ersten Lebensjahre entscheidend für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind. Und die Lage wird sich weiter verschärfen: Bis 2030 fehlen rund 67.000 Fachkräfte. Diese Zahl berücksichtigt noch nicht den Mehrbedarf, der wegen der geflüchteten Kinder aus der Ukraine, die nun zu uns kommen, nötig sein wird.

Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Marion Vittinghoff: Nicht nur, aber gerade in Pandemie- und Krisenzeiten gehen sie über ihre Leistungsgrenzen hinaus: Sie müssen immer mehr Aufgaben außerhalb ihres Tätigkeitsbereiches übernehmen, haben kaum Zeit für Teambesprechungen und leiden extrem unter Stress. Viele sind gesundheitlich angeschlagen. Hinzu kommt das Gefühl mangelnder Anerkennung – finanziell wie gesellschaftlich. Die Beschäftigten haben den Eindruck, von der Politik alleingelassen zu werden.

Was fordert die GEW NRW von der neu zu wählenden Landesregierung?

Marion Vittinghoff: Wir brauchen einheitliche Mindeststandards, damit Bildungs- und Teilhabechancen nicht von der Finanzkraft der Eltern oder den Kommunen abhängen. Dazu gehören eine Entlastung der Erzieher*innen, etwa durch Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte, sowie tragfähige Lösungen für Personalausfälle. Außerdem muss die räumliche Ausstattung verbessert und die Digitalisierung in den Kitas vorangetrieben werden: Es kann nicht sein, dass in manchen Einrichtungen nur ein PC ohne aktuelle Software vorhanden ist. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, benötigen wir ein umfassendes Fort- und Weiterbildungsangebot, auch für Kinderpfleger*innen oder Alltagshelfer*innen. Und nicht zuletzt geht es auch um die Vergütung: Sie muss schon während der Ausbildung gewährleistet sein und auch für Festangestellte verbessert werden, gerade bei der tariflichen Eingruppierung nach einer Beförderung. //

Die Fragen stellte Anne Petersohn.



anderen Standort bezugsfertig sein. Bis dahin müssen Team und Kinder improvisieren: Zum Turnen räumen sie Matten und Spielgeräte in die große Halle im Eingangsbereich, zum Essen nutzen sie die Tische in den Gruppenräumen, die vor jeder Mahlzeit von Stiften und Papier befreit werden müssen.

Immerhin kann das Familienzentrum einen Koch beschäftigen, der die Mahlzeiten täglich frisch zubereitet. Das sei nicht selbstverständlich, sondern ein besonderes Anliegen des VKJ, berichtet die Pressesprecherin des Vereins, Mareike Schulz: „Um frisch gekochtes Essen in unseren Einrichtungen anbieten zu können, müssen wir jährlich immer noch 50.000 Euro Spendengelder auftreiben. Das bedeutet einen riesigen Aufwand.“ Doch die Mühe mache sich bezahlt: „Für viele Kinder ist das warme Mittagessen in der Kita die einzige warme Mahlzeit des Tages. Montags und zum Ende des Monats kommen viele Kinder mit Hunger hierher, da es zu Hause wenig zu essen gibt. Wir legen großen Wert auf die frische Küche – sie stellt einen wichtigen Bildungsbereich für die gesunde Entwicklung der Kinder dar.“

Der Träger bemühe sich, Kinder und Beschäftigte bestmöglich zu unterstützen – und könne den Fachkräftemangel der Kindertageseinrichtungen trotzdem kaum auffangen. „Obwohl wir nach Tarif bezahlen und bis zu vier zusätzliche Urlaubstage im Jahr anbieten, haben wir Sorge, nicht genug Fachkräfte für unsere neuen Kitas zu finden“, erzählt Mareike Schulz. Der Kitaalltag schrecke häufig schon Praktikant*innen ab, die sich für eine Erzieher*innenausbildung interessierten. Auch Hemalatha Grundmann und Sylvia Pratzka würden sich heute nicht mehr ohne Weiteres für ihren Job entscheiden, berichten die beiden übereinstimmend. „Ich mache die Arbeit gerne, würde aber jungen Leuten vermutlich eher davon abraten“, sagt Hemalatha Grundmann.

Fachkräfte erwarten von neuer Landesregierung Verbesserungen in vielen Bereichen

Mit Blick auf eine neue Landesregierung kommen der 36-jährigen Hemalatha Grundmann auf Anhieb diverse Verbesserungsvorschläge in den Sinn: mehr pädagogische Fachkräfte mit fundiertem Wissen im Bereich der Integration, kleinere Gruppen und ein besserer Personalschlüssel. Man hoffe auf noch mehr positive Veränderungen, wie sie mit der Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) im vergangenen Jahr bereits angestoßen wurden, erklärt Mareike Schulz. Mit der Überarbeitung sei die Finanzierung insgesamt auskömmlicher geworden, weil mehr Geld ins System komme, und es gebe neue Programme zur Entlastung der Fachkräfte, wie etwa die Alltags-helfer*innen im Zuge der Corona-Pandemie. „Wir machen die politisch Verantwortlichen immer wieder auf Missstände aufmerksam und hoffen, dass eine neue Landesregierung endlich auch den Fachkräfte-Kinder-Schlüssel anpasst“, so Mareike Schulz. Mit Blick auf die Zukunft müsse außerdem die Ausbildung für künftige Erzieher*innen attraktiver gemacht werden. Dazu gehöre auch die Vergütung. „Bislang wird nur das Anerkennungsjahr vergütet, nicht aber der vorherige dreijährige schulische Teil. Das muss sich unbedingt ändern – schließlich trägt der aktuelle Fachkräftemangel maßgeblich zur Überlastung unserer heutigen Fachkräfte bei.“

Eltern unterstützen Forderungen der Beschäftigten

Das bestätigt auch Daniela Heimann, Sprecherin des Landeselternbeirats der Kindertageseinrichtungen NRW. Gerade bereitet die zweifache Mutter, deren ältere Tochter eine städtische Kita in Mülheim an der Ruhr besucht, das zehnjährige Bestehen des Elternremiums vor. „Dabei stelle ich fest, dass die



MEHR FÜR Bildung

Dieser Beitrag gehört zu unserem Wahlprüfstein *Gute Bildung*.

Unsere Forderungen im Detail unter gew-nrw.tiny.us/wahlpruefsteine

„Ich denke oft, dass ich den Kindern nicht ausreichend helfen kann, im Leben Fuß zu fassen. Und dann blutet mir das Herz.“

SYLVIA PRATZKA

Erzieherin in der Kita Großstadtkrokodile in Essen

aktuellen Themen eigentlich dieselben sind wie die von damals. Man hat das Gefühl, dass nichts passiert.“

Die Forderungen der Elternschaft an die Politik seien in vielen Bereichen deckungsgleich mit denen der Fachkräfte. „Der Personalmangel in den Einrichtungen ist das größte Problem – auch für Eltern und Kinder“, betont sie. Eine zuverlässige Betreuung sei nur in den seltensten Fällen gewährleistet. „Als Eltern müssen wir immer darauf gefasst sein, die Kinder früher abzuholen oder gar keine Betreuung nutzen zu können. Und die Kinder vermissen einen geregelten Alltag und werden kaum noch gefördert. Bildungschancen hängen sehr stark vom finanziellen Hintergrund der Eltern ab.“

Die Politik habe es versäumt, Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und Fachkräfte mit finanziellen Anreizen zu locken, erklärt Daniela Heimann. „Unterm Strich gilt es nicht nur, zusätzliche Kräfte einzustellen und dadurch die Teams in den Kitas zu entlasten. Wir brauchen auch eine neue Finanzierungslogik, damit das System Kita endlich auf stabilen Füßen steht.“ Wünschenswert sei dabei eine Sockelfinanzierung für fest abzudeckende Kernzeiten in der Betreuung, etwa von 9 bis 15 Uhr: „Derzeit ist die Finanzierung zu 100 Prozent variabel, und die Einrichtungen müssen jedes Jahr den Bedarf der Eltern abfragen. Die Sockelfinanzierung durch den Gesetzgeber würde mehr Planungssicherheit für die Einrichtungen und damit auch für uns als Eltern mit sich bringen.“//

Anne Petersohn
freie Journalistin



Es läuft einfach nicht rund



Ungleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit von Lehrkräften, befristete Stellen an Hochschulen sowie mangelnde Anerkennung und zu wenig Gehalt für Erzieher*innen – es gibt zahlreiche Faktoren im Bildungsbereich, die dazu führen, dass die Arbeitsqualität leidet.



KITA

81 %

der Erzieher*innen bundesweit empfinden zu wenig Gehalt als Belastung.



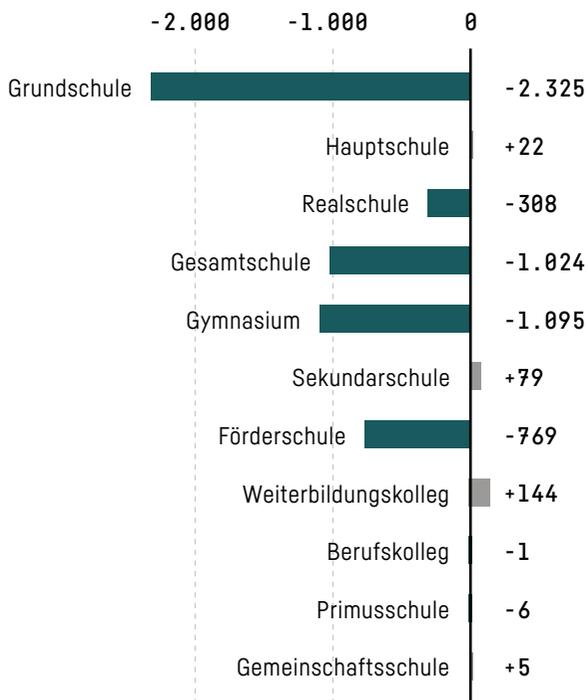
Sieben von zehn Erzieher*innen bundesweit sehen sich aufgrund von zu wenig Anerkennung belastet.

Quelle: DIW Wochenbericht Nr. 19/2021 (Webcode im Onlinearchiv: 238843)

SCHULE

Über 5.200 Lehrkräfte fehlen schon jetzt in NRW und die Lage wird nicht besser.

An den meisten Schulformen kann der Stellenbedarf (Stand 12/2021) an Lehrkräften bei Weitem nicht gedeckt werden. Und Abhilfe ist nicht in Sicht. Das zeigt der Blick auf die Neueinstellungen im vergangenen Sommer für Grund- und Förderschulen: Nur jede zweite Stelle konnte wieder besetzt werden.



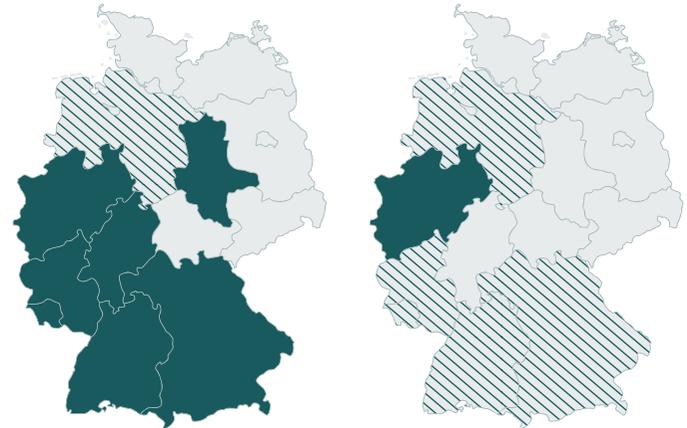
■ Mangel an Lehrkräften ■ Plus an Lehrkräften

Quelle: Finanzministerium NRW 2021, Zahlen gerundet

A13 für alle Lehrämter – nicht in NRW. Das Bundesland hinkt im Ländervergleich dramatisch hinterher.

Grundschule

Sekundarstufe I



■ A13 umgesetzt ■ es tut sich was ■ kein A13

Quelle: gew.de/ja13/a13-stand-der-dinge



4.600.000.000 Euro fehlen

im Bildungsetat, wenn das Land NRW so viel Geld pro Schüler*in ausgeben würde wie das Flächenland Bayern.

Quelle: *Wie hoch sind die Bildungsausgaben in NRW?* von Gerd Möller (Webcode im Onlinearchiv: 237750)

HOCHSCHULE

89 %

der angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitenden an den Universitäten haben einen befristeten Vertrag.

Quelle: tinyurl.com/befristung-hochschule

MEHR FÜR Bildung

Dieser Beitrag gehört zu unserem Wahlprüfstein *Gute Arbeit*.

Unsere Forderungen im Detail unter gew-nrw.tiny.us/wahlpruefsteine



Aktiv die Zukunft gestalten

Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2022 stehen Wahlen im geschäftsführenden Vorstand an. Wer bewirbt sich auf welches Amt? Und was treibt die Kandidat*innen an?

AYLA ÇELİK

ist seit Juli 2021 kommissarische Vorsitzende der GEW NRW. Das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden hatte sie 2019 übernommen. Bis Oktober 2020 führte sie ihre Aufgabe als Abteilungsleiterin für die Unterstufe und Lehrerin für die Fächer Deutsch und Biologie an der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule in Köln weiter. Ab Oktober 2020 war sie als Hauptpersonalrätin für Gesamtschulen im Ministerium tätig.



Foto: Alena Wiescholek

Ayla Çelik kandidiert für das Amt der Vorsitzenden.

Liebe Kolleg*innen,

ich möchte in den kommenden Jahren meine Arbeit als Vorsitzende der GEW in NRW fortsetzen und mich weiterhin konsequent und solidarisch für die Interessen der Beschäftigten im Bildungsbereich in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Mein Augenmerk wird auch in Zukunft darauf gerichtet sein, Sprachrohr für die Interessen aller GEW-Mitglieder zu sein, die in sehr unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Sie haben Anspruch auf kompetente Interessenvertretung unabhängig davon, ob sie in der Kita oder an der Hochschule, in der Weiterbildung oder in der Schule arbeiten; ob sie tarifbeschäftigt oder verbeamtet sind. Diesem Anspruch zu genügen, das habe ich in den letzten Jahren erfahren, ist zugleich spannend und anspruchsvoll – und geht nur im Team. Denn es gibt viel zu tun: Für den dramatischen Personalmangel müssen Lösungen gefunden werden, die Bildungsfinanzierung muss auskömmlich aufgestellt und unzumutbare Arbeitsbedingungen müssen beseitigt werden. Bei all dem gilt es, den Politiker*innen auf die Füße zu treten – ich übernehme das gerne, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Darüber hinaus möchte ich mit euch den notwendigen Organisationsentwicklungsprozess fortführen und durch eine Stärkung des Ehrenamts und den Generationendialog unsere GEW NRW für die Zukunft fit machen. //



STEPHAN OSTERHAGE- KLINGLER

ist Sonderpädagoge und lebt mit seiner Familie in Detmold. Mitglied der GEW NRW ist er seit 2000. Er leitet das Referat Schulrecht, Bildungsfinanzierung und -statistik. Zudem ist er aktiv im Leitungsteam des Fachgruppenausschusses Sonderpädagogische Berufe, im Leitungsteam des Bezirksvorstands Detmold sowie in der AG Digitalisierung.

Stephan kandidiert für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

Liebe Kolleg*innen, als Gewerkschaft steht die GEW NRW für alle Bildungsbereiche, von der Kita über die verschiedenen Schulformen bis hin zur Hochschule und zur Erwachsenenbildung. Diese Vielfalt stellt unsere große Stärke dar. Gemeinsam und solidarisch können wir stark in der Öffentlichkeit auftreten und uns gegenüber der Politik für alle unsere Kolleg*innen einsetzen. Dies möchte ich gerne in den nächsten Jahren zusammen mit euch tun.

Gleichzeitig befindet sich die GEW NRW auf vielen Ebenen im Umbruch. Wir müssen in den kommenden Jahren die GEW NRW modernisieren, um Mitglieder zu gewinnen und die ehrenamtliche Arbeit zu stärken. Hierzu gehört, dass wir unsere Gremienstruktur durchschaubarer machen, Parallelstrukturen abbauen, uns zeitgemäßer aufstellen und vor allem familienfreundlicher werden. Diesen Umbruchprozess möchte ich aktiv mitgestalten. Daher kandidiere ich für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden. //



ABSCHIED

Die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Marion Vittinghoff und Sebastian Krebs kandidieren nicht erneut für ihre Ämter. Sie bedanken sich bei allen Kolleg*innen für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung.

Christian kandidiert für das Amt des Kassierers.

Liebe Kolleg*innen,

zu meinen Aufgaben als Kassierer gehört die Kassen- und Vermögensverwaltung der GEW NRW mit Durchführung und Kontrolle des Zahlungsverkehrs, Planung der Liquidität und Geldanlage, Haushaltsplanung, Rechnungslegung und Aufstellung der Bilanzen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist auch die Mitgliederverwaltung, -pflege, -bindung und -gewinnung.

Ich möchte dazu beitragen, dass die GEW NRW wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann und es gelingt, dass die Bildungsgewerkschaft ihren Organisationsgrad ausbaut. Eine hohe Kampfkraft und ein hoher Organisationsgrad bedingen sich gegenseitig und müssen deshalb gefördert werden. Dafür werde ich mich einsetzen und trete deshalb für das Amt des Kassierers an. //

CHRISTIAN PETERS

ist kaufmännischer Lehrer und bereits seit 2008 Kassierer der GEW NRW. Er lebt mit seiner Familie in Hagen und ist seit 2003 Mitglied der GEW NRW.



Foto: Alexander Schneider

GEW NRW fordert *Mehr für Bildung*



Mehr für Bildung lautet das Motto des Gewerkschaftstages vom 19. bis 21. Mai 2022, das deutlich macht: In NRW brauchen wir im gesamten Bildungsbereich mehr Investitionen, mehr Personal und ein Mehr an weiteren Ressourcen. Um diese Forderungen klar und deutlich an die neue Landesregierung zu stellen und sie daran zu messen, beraten und beschließen 400 Delegierte rund 45 Anträge. Wir haben die großen Themenfelder zusammengefasst.



TARIFPOLITIK ORGANISIEREN

Der Kampf um auskömmliche und wertschätzende Bezahlung der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst ist ein Schwerpunkt auf der Agenda des Gewerkschaftstages. Dabei geht es neben der angemessenen Erhöhung der Tabellenentgelte auch um eine Vielzahl von Einzelforderungen, die die strukturelle Benachteiligung der Tarifbeschäftigten gegenüber ihren beamteten Kolleg*innen abbauen sollen. Auf einer Strategiekonferenz nach der Sommerpause will sich die GEW NRW auf die kommenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vorbereiten, um ihre Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit sowie den Organisationsgrad zu erhöhen. Dabei sollen die Gliederungen und Vertrauensleute stärker einbezogen und die Organisation der Tariflots*innen vor Ort soll verbessert werden. Es werden auch Möglichkeiten diskutiert, wie beamtete Kolleg*innen in die Tarifaufeinanderersetzung einbezogen werden können. //

CHANGENGLEICHHEIT DURCHSETZEN

Gute Bildung braucht verlässliche und nachhaltige gewerkschaftliche Qualitätsstandards für gute Lern- und Arbeitsbedingungen für Kinder, Schüler*innen, Studierende sowie für die Beschäftigten. Nur so kann Bildungserfolg von der Herkunft entkoppelt werden. Deshalb fordert die GEW NRW von der Landesregierung, deutlich mehr in Kitas und Schulen zu investieren. Dazu soll eine Expertise der GEW-Forderung, Ungleiches ungleich behandeln, in Auftrag gegeben werden, um die Bedarfe an Personal, Gebäude, Räume, Sachinvestitionen sowie für gute Lehr- und Lernbedingungen zu ermitteln. //

INKLUSIVE BILDUNG VERANKERN

Inklusive Schulen brauchen Lehrer*innen mit Ausbildung in sonderpädagogischer Förderung. Das gilt für alle Lehrkräfte. Deshalb fordert die GEW NRW langfristig, die Aufnahme von Inhalten inklusiver Bildung in jede Lehrer*innenausbildung. Solange das noch nicht umgesetzt ist, fordert die GEW NRW eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung für alle am inklusiven Unterricht beteiligten Lehrkräfte. //

INTERNATIONALE BERUFS-ABSCHLÜSSE ANERKENNEN

Nicht erst seit der Fluchtbewegung, die der russische Überfall auf die Ukraine ausgelöst hat, steht die Forderung nach dem Abbau von diskriminierenden Hürden bei der Anerkennung internationaler Berufsabschlüsse aus allen Ländern auf der politischen Agenda. Das ist notwendig, wenn wir den Menschen, die zu uns kommen, eine Perspektive geben wollen. Darüber hinaus profitiert unsere Gesellschaft von ihren Professionen. //

RESSOURCEN FÜR DIGITALISIERUNG BEREITSTELLEN

Die Digitalisierung der Schulen kann es nicht zum Nulltarif geben! Auf dem Gewerkschaftstag wird es deshalb um die Umsetzung einer Digitalisierung gehen, die professionellen Standards genügt und personell abgesichert ist. //

ARBEITSBELASTUNG SENKEN

Die Arbeitsbelastung aller pädagogisch Beschäftigten in den Schulen ist zu hoch – nicht nur wegen der Corona-Bestimmungen. Das gefährdet die Gesundheit aller. Deshalb fordert der Gewerkschaftstag in mehreren Anträgen eine spürbare Reduzierung der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung für die Kolleg*innen in den Schulen und eine Beachtung der Vorschriften zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auch kollektive Maßnahmen sollen diskutiert werden zum Beispiel, wie Kolleg*innen vor Ort ihre Arbeitsbelastung selbst reduzieren können. //

GEW STÄRKEN

Der Prozess zur Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit in den Gliederungen durch Anbindung an hauptamtlich besetzte regionale Geschäftsstellen schreitet voran und soll bis zum nächsten großen Gewerkschaftstag 2025 fortgesetzt werden. Dabei wird die Finanzierung durch die Bezirksvorstände organisiert.

Die Ausweitung der Wahlperiode von drei auf vier Jahre wird ein wichtiges Thema auf dem Gewerkschaftstag sein. Hierbei geht es vor allem darum, mehr Zeit für Politikgestaltung zwischen den Gewerkschaftstagen zu gewinnen.

Ein weiteres Anliegen zur Stärkung der ehrenamtlichen GEW-Arbeit ist die Unterstützung der ehrenamtlich arbeitenden GEW-Mitglieder darin, ihre unbezahlte Sorgearbeit – sprich Betreuung und Pflege in der Familie – mit dem Ehrenamt zu vereinbaren. Hierzu hat die GEW NRW auch in der Vergangenheit individuelle Lösungen angeboten, um allen ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen. //

Fritz Junkers

politisch verantwortlicher Redakteur
der lautstark.

Die Zeichen stehen auf Veränderung



Zuletzt tagte der Gewerkschaftstag im Mai 2019.
Was ist seitdem in der GEW NRW passiert?



Foto: Alexander Schneider

Vielfalt bereichert

Der Gewerkschaftstag wählt Maike Finnen (Mitte) mit 93,7 Prozent der Stimmen an die Spitze der GEW NRW. Gesamtschullehrerin Ayla Çelik (rechts) und Berufsschullehrer Sebastian Krebs (links) werden ihre Stellvertreterin und ihr Stellvertreter.

05/19

09/19

GEW-aktiv: Die GEW NRW neu denken

260 Kolleg*innen aus den Stadt- und Kreisverbänden hinterfragen bei der GEW-aktiv-Tagung unsere Themen und Strukturen und entwickeln Ideen für einen Neustart der GEW-Arbeit.

06/19

Wie geht es den Lehramtsstudierenden in NRW?

Die GEW NRW veröffentlicht die Studie *Studiensituation und soziale Lage von Lehramtsstudierenden in NRW* – mit zehn Forderungen an die Landespolitik, um die soziale Lage der Studierenden nachhaltig zu verbessern und das Lehramtsstudium zu reformieren.

→ gew-nrw.tiny.us/la-studiensituation



11/19

Happy Birthday!

Zwei Schulformen feiern Jubiläum: Die Grundschule wird 100, die Hauptschule 50 Jahre alt.

→ lautstark-magazin.tiny.us/bday



Illustration: Marie Jacobi

JA13: Der Zug rollt

A13 und EG13 für alle! Der Zug für faire Besoldung rollt durch NRW. Die GEW NRW demonstriert in Düsseldorf. Denn während andere Bundesländer längst vormachen, wie es geht, weigert sich die NRW-Landesregierung weiterhin, gleichwertig ausgebildete Lehrkräfte gleich zu bezahlen.

→ gew-nrw.tiny.us/ja13-zug-muenster



Tarifrunde 2020

Gewerkschaften auch in der Krise handlungsfähig

→ tinyurl.com/tarifrunde-2020

09/20



Schulschließungen #1

Es ist ausgerechnet Freitag der 13., als die Pandemie den Bildungssektor erreicht: Alle Bundesländer beschließen, Kitas, Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen zu schließen, um das Coronavirus einzudämmen.

01/20

GEW NRW im Dialog

Die GEW NRW möchte lernen und sich weiterentwickeln. Das geht nur gemeinsam mit allen Mitgliedern. Jede*r ist eingeladen zum Online-Dialog unter dem Motto *GEW NRW neu denken*.

→ gew-nrw.tiny.us/online-dialog

03/20

„Die Strukturen müssen deutlich verschlankt werden, um einerseits die aktiven Ehrenamtlichen zu entlasten und andererseits auch nicht mehr so abschreckend auf Neulinge zu wirken.“

HANNA TUSZYNSKI

Teilnehmerin der Ideenwerkstatt *GEW NRW neu denken* im März 2020 über ihre Vision von GEW-Arbeit

Personalratswahl: Luft nach oben

Nachdem die Personalratswahl wegen Corona in den Herbst verschoben wurde, liegen nun die Ergebnisse vor. Die GEW NRW büßt im Schulbereich, insbesondere bei den Grundschulen, Stimmen ein. Ein Ansporn für 2024!

→ gew-nrw.de/personalratswahl

10/20



Gewerkschaftstag

Solidarität ist Zukunft –

Bildung ist Zukunft

→ gew-nrw.tiny.us/online-gewerkschaftstag

05/21

Schulschließungen #2

Mitte Dezember schließen bundesweit erneut die Schulen. Was zunächst als verlängerte Schulferien ausgerufen wird, dauert letztlich bis Ende Februar 2021. Erst dann kehren die Schulen in NRW schrittweise zurück zum Präsenzunterricht.

→ gew-nrw.tiny.us/unwaegbarkeiten
→ gew-nrw.tiny.us/offener-brief

11/20

Digitaler Corona-Schulgipfel

Panel *Schule in Corona-Zeiten –*

Was geht besser?

→ gew-nrw.tiny.us/schulgipfel

12/20

JA13: Wir bleiben am Ball!

Erneut macht die GEW NRW mobil für A13 – und zwar für alle. Denn die verfassungswidrige Bezahlung von Lehrkräften ist in NRW noch immer traurige Realität. Kolleg*innen aus ganz NRW protestieren am 11. November vor dem Landtag.



Foto: Alena Wiescholek

Wechsel an der Spitze von GEW und GEW NRW

Maïke Finnern wird neue Bundesvorsitzende der GEW. In NRW tritt Ayla Çelik (Mitte) ihre Nachfolge als Landesvorsitzende an. Sebastian Krebs (links) bleibt ihr Stellvertreter. Schulsozialarbeiterin Marion Vittinghoff (rechts) macht das Team als weitere Stellvertreterin im November 2021 komplett.



Foto: Annette Eiges

06/21



Corona: Schlechtes Zeugnis für die Landesregierung

→ gew-nrw.tiny.us/corona-zeugnis

Berufsverbote: aufarbeiten und entschädigen

Mit einer Ausstellung im Düsseldorfer Landtag sendet die GEW NRW eine deutliche politische Botschaft: Das Land muss das durch den sogenannten Radikalenerlass entstandene Unrecht aufklären!

→ gew-nrw.tiny.us/berufsverbote

„Ziel muss sein, bis zur
Tarifrunde 2023 unseren
Organisationsgrad und
unsere Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen.“

AYLA ÇELIK

Vorsitzende der GEW NRW zum
Ergebnis der Tarifrunde im November 2021

→ gew-nrw.tiny.us/tarifergebnis-2021

09/21

Foto: Annette Eiges



Lehrkräftemangel: #IhrFehlt für gute Schule

An neun Standorten in ganz NRW machen GEW-Kolleg*innen auf den Lehrkräftemangel aufmerksam: 4.000 Stellen sind nicht besetzt!

→ gew-nrw.tiny.us/ihr-fehlt

11/21

EINMISCHEN

Politik und Veränderung

10.000.000.000 €

beträgt der Sanierungsstau an Schulen in NRW,
in Worten: zehn Milliarden.
Bundesweit sind es 43 Milliarden Euro.

Quellen:

tinyurl.com/staedtetag-nrw-sanierungsstau

tinyurl.com/kfw-kommunalpanel-2021

Neubau und Sanierung könnten Pull-Faktoren werden

Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen bei der Finanzierung des Bildungssystems auf dem letzten Platz. Das zeigt sich nicht zuletzt am baulichen Zustand der Schulen. Gerade in finanzschwachen Kommunen wie Duisburg gehören marode Gebäude zum Alltag von Schüler*innen und Lehrkräften. GEW-Personalrat Rüdiger Wüllner und Elternvertreterin Melanie Maurer geben einen Einblick in die Situation in Duisburg und erklären, was sich verändern muss. »

Wenn wir von maroden Schulen sprechen, haben wir alle unterschiedliche Bilder im Kopf. Können Sie das Spektrum in Duisburg beschreiben?

Rüdiger Wüllner: Grundsätzlich hat wohl fast jede Schule irgendeinen Sanierungs- oder Ausstattungsbedarf, gerade im Bereich des digitalen Lernens. Ich würde sagen, dass bei uns in Duisburg nur etwa ein Dutzend der 150 Schulen gut dastehen. Umgekehrt sind etwa 30 von ihnen marode. Es geht vor allem um Feuchtigkeit, Schimmel, Hygiene und Lärm. Das krassste Beispiel für mich war vor einiger Zeit ein Parkettboden, den man einfach mit einer Schaufel hätte herauslöfeln können – so feucht war er. Damit verbunden sind Schadstoffausdünstungen aus dem Kleber. Zum Teil hören wir von gehäuft auftretenden Asthmaanfällen unter Schüler*innen oder auch von Kopfschmerzen bei Kolleg*innen – auch wenn die Stadtverwaltung einen Zusammenhang bestreitet und stattdessen auf eine erhöhte Luftverschmutzung durch Industrieanlagen verweist.

Melanie Maurer: Diese Ebene, auf der es um gesundheitsbeeinträchtigende Zustände geht, ist natürlich die gravierendste. Aber auch auf einer anderen Ebene gibt es an vielen Schulen erhebliche Beeinträchtigungen, weil Dinge schlichtweg nicht mehr funktionieren. An einer Grundschule ließen sich beispielsweise über Jahre die Fenster der Turnhalle nicht mehr schließen. Man musste dann einfach immer mit dem aktuellen Wetter leben. Auch unverputzte Wände gehören in ganz vielen Schulen zum Alltag – mal ganz abgesehen von den Toiletten: Da findet man häufig Zustände vor, die an Bahnhofsklos erinnern und die man zu Hause niemals akzeptieren würde.

Betrifft das alle Schulformen und Stadtteile gleichermaßen?

Rüdiger Wüllner: Es gibt keinen grundsätzlichen, direkten Zusammenhang zwischen Standort, Schulform und baulicher Situation. Allerdings lässt sich schon sagen, dass wir an Grund- und Förderschulen besonders heftige

Zustände beobachten. Gleiches gilt für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, also solche Viertel, in denen mehrere belastende Faktoren zusammenkommen, etwa weil sie während der Industrialisierung sehr schnell gewachsen sind. Viele Schulen, die hier stehen und heute noch genutzt werden, sind 100 oder 130 Jahre alt. Sie bringen ganz andere Voraussetzungen mit als Gebäude aus den 1960er-Jahren. Manche Sanierungsmaßnahme ist hier schlichtweg nicht möglich, weil beispielsweise eine denkmalgeschützte Fassade nicht einfach gedämmt werden darf.

Herausforderungen wie diese gibt es sicher auch in anderen Ruhrgebietsstädten. Ist die Situation dort genauso schlecht – oder wie bewerten Sie die Duisburger Lage im Vergleich zum Rest von NRW?

Melanie Maurer: Duisburg ist definitiv nicht die einzige Stadt mit maroden Schulen – aber sicher eine, die es besonders schwer hat. Bei einem Besuch an einer anderen Schule im Ruhrgebiet



„Ich habe schon mal einen Klassenraum gestrichen. Aber das ist eigentlich nicht unser Job, und wir können uns nicht permanent ein Bein ausreißen, um Mangelleistungen seitens des Schulträgers beziehungsweise des Landes auszubügeln.“

MELANIE MAURER

Vorstandsvorsitzende der Elternschaft Duisburger Schulen

„Die maroden Schulgebäude sorgen für ein schlechtes Image – und das in einer Situation, in der uns ohnehin Lehrkräfte fehlen.“

RÜDIGER WÜLLNER

Mitglied des Hauptpersonalrats für Grundschulen



Foto: Nadine Dilly

habe ich vor Kurzem ganz ähnliche Zustände beobachtet. Umgekehrt stelle ich aber auch fest, dass es Kommunen durchaus gelingen kann, eine Wohlfühl-atmosphäre in den Schulen zu schaffen. Da funktioniert alles, es gibt Toilettenpapier und Seife auf den Klos, und die Klassenräume sind insgesamt so wohnlich gestaltet, dass Schüler*innen gut lernen können.

Rüdiger Wüllner: Ein gutes Beispiel in dieser Hinsicht ist aus meiner Sicht Gelsenkirchen: Die Stadt ist noch ärmer als Duisburg – trotzdem entwickelt sie sich bildungspolitisch in eine positive Richtung, nicht zuletzt durch die Entscheidung, neue Schulen zu bauen. Marode Zustände haben also nicht zwangsläufig mit der Finanzkraft einer Kommune zu tun.

Wenn es nicht ausschließlich die finanziellen Mittel sind: Welche anderen Faktoren machen Sie dafür verantwortlich, dass es in Duisburg so schlecht läuft?

Rüdiger Wüllner: Die Verwaltung springt von Fördertopf zu Fördertopf und gibt Millionen aus, um 30 Jahre

alte Toiletten auf einen halbwegs akzeptablen Stand zu bringen oder dafür zu sorgen, dass Klassenräume mehr als eine Steckdose bekommen. Dieses Geld können andere Schulträger für wesentlich fortschrittlichere Dinge ausgeben – für Smartboards, Schulneubauten oder eine hochwertige Ausstattung. Hinzu kommt, dass die Stadt Duisburg immer mehr Bereiche ausgegliedert und Personal eingespart hat. So müssen externe Firmen und Planer*innen beauftragt werden, um bauliche Maßnahmen umzusetzen. Das ist unterm Strich nicht nur teurer und zeitaufwendiger, sondern sorgt auch dafür, dass Abstimmungsprozesse nicht richtig funktionieren. Alles ist gewinnorientiert – aber mit menschenfreundlicher Daseinsfürsorge und Maßnahmen für eine gute Bildung im 21. Jahrhundert lässt sich nun mal kein finanzieller Gewinn erzielen.

Melanie Maurer: Was wir brauchen, um den Sanierungsstau zu beheben, ist die langfristige Sicht in Form eines Schulentwicklungsplans. Derzeit wird dem Thema Bildung viel zu wenig Raum

gegeben. Während der Corona-Krise hatten wir fast ein Jahr lang keine Schulausschusssitzungen – obwohl man ja auch ein digitales Format hätte finden können. Und selbst wenn wir Eltern uns engagieren und mit viel Eigeninitiative Sponsoren gewinnen, lassen sich die Zustände an den Schulen nicht zwangsläufig verbessern. Denn dann fehlt es der Stadt an Kapazitäten, die neue Ausstattung einzubauen. Als Eltern dürfen wir das nicht übernehmen. All das sind Dinge, die uns unglaublich frustrieren.

Apropos Frust: Wie gehen Schüler*innen, Beschäftigte und Eltern mit der mangelhaften baulichen Situation um? Wie wirkt sie sich auf das Lernen und Lehren aus?

Melanie Maurer: Wenn ich sehe, was Lehrkräfte hier leisten müssen, ist die Belastungsgrenze mehr als erreicht. An vielen Stellen gibt es deshalb eine gewisse Resignation – da geht es ums nackte Überleben. Für Klagen oder Träume bleibt keine Zeit. Auch die Schüler*innen nehmen vieles einfach hin. Und als Eltern sind wir oft in einer zwiespältigen Position: Einerseits möchten

>>



wir nicht, dass unsere Kinder ihren Tag unter diesen schlechten Bedingungen verbringen. Ich habe also auch schon mal einen Klassenraum gestrichen. Andererseits ist das eigentlich nicht unser Job, und wir können uns nicht permanent ein Bein ausreißen, um Mangelleistungen seitens des Schulträgers beziehungsweise des Landes auszubügeln. So versuchen wir immer wieder, uns bei der Politik Gehör zu verschaffen und auf Missstände hinzuweisen. Dann wird erst mal Hilfe versprochen, aber unterm Strich ändert sich nichts. Wir hinken einfach in ganz vielen Bereichen hinterher, und es ist schwierig, aus dieser Situation wieder herauszukommen.

Rüdiger Wüllner: Das Problem ist auch, dass die maroden Schulgebäude für ein schlechtes Image sorgen – und das in einer Situation, in der uns ohnehin Lehrkräfte fehlen. Neue Schulstandorte und Sanierungsmaßnahmen könnten zu Pull-Faktoren für Duisburg werden – sie könnten gerade bei Nachwuchslehrer*innen die Motivation anregen, etwas zu bewegen und mitzugestalten. Damit könnten wir am Ende auch wieder mehr Stellen besetzen, was die Lage an den Schulen zusätzlich verbessern würde.

Die Notwendigkeit zum Aufbruch ist also unstrittig. Woher müssten die finanziellen Mittel dafür kommen?

Rüdiger Wüllner: Für andere Dinge kann auch kurzfristig sehr viel Geld aus dem Ärmel geschüttelt werden, das haben die vergangenen zwei Jahre wieder deutlich gezeigt. Von daher geht

es aus meiner Sicht vor allem darum, die Mittel besser und anders zu verteilen und somit Chancengleichheit zu ermöglichen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Melanie Maurer: Ich wünsche mir, dass die Corona-Krise nicht einfach ein Tief-, sondern auch ein Wendepunkt ist. An vielen Schulen herrschen Zustände, die kein Unternehmen jemals dulden würde. Die Stadt sollte deshalb in Zukunft großzügiger kalkulieren und langfristiger planen, um einen Puffer für Sanierungen aufzubauen. Das geht einher mit einer neuen Form der Wertschätzung, mit dem Bestreben, gute Bildungsräume für alle zu schaffen. Hier würde ich mir klare Richtlinien dafür wünschen, was eine gute Schule braucht und ausmacht. Anhand dieser verbindlichen Kriterien könnte man dann Schulen sukzessive nachrüsten oder neu bauen – und das idealerweise nicht nur in Duisburg, sondern in allen Kommunen in NRW. //

Die Fragen stellte Anne Petersohn.

freie Journalistin

**MEHR FÜR
Bildung**

Dieser Beitrag gehört zu unserem
Wahlprüfstein *Bildungsfinanzierung*.

Unsere Forderungen im Detail unter
gew-nrw.tiny.us/wahlpruefsteine

Haltung zeigen!

Was wir Gewerkschafter*innen schon lange wissen, hat jetzt das Verwaltungsgericht bestätigt: Die AfD ist so weit nach rechts gerückt, dass sie vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft und beobachtet werden darf.

Seit fünf Jahren ist die AfD im NRW-Landtag vertreten und ihre Bilanz ist entlarvend. Landespolitische Themen stehen kaum im Mittelpunkt, stattdessen ist die AfD die parlamentarische Stimme eines antidemokratischen Diskurses, den wir tagtäglich im Netz und auf der Straße erleben. Er richtet sich gegen Menschen mit Migrationshintergrund, gegen Frauen, Nichtheterosexuelle und alle, die nicht in das eigene beschränkte Weltbild passen. Dieser Diskurs ist geprägt von zunehmender Schärfe und Polarisierung, kalkulierten Tabubrüchen, Desinformationskampagnen und Verleumdungen von etablierter Politik und seriöser Wissenschaft.

Zum Glück ist die AfD in NRW mit ihrer Politik deutlich weniger erfolgreich als in den ostdeutschen Ländern. Wir sollten alles dafür tun, dass das auch nach der Landtagswahl am 15. Mai 2022 so bleibt.

Mit 1,3 Millionen Mitgliedern in NRW haben die DGB-Gewerkschaften eine starke Stimme und eine große Mobilisierungskraft. Wir organisieren und unterstützen lokale Bündnisse, Aktionen und Demonstrationen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Und wir stärken die Demokratie durch unsere tägliche Arbeit: Die Zustimmung zu rechtsextremen

und rechtspopulistischen Positionen sinkt nachweislich in Betrieben mit Betriebs- oder Personalrat und Tarifbindung.

Auch im direkten Umgang mit der AfD heißt es für uns: Haltung zeigen! Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, aber deshalb noch lange keine demokratische Partei. Wir dürfen uns nicht an sie gewöhnen und es darf keine Zusammenarbeit geben. Wir laden Vertreter*innen der AfD nicht zu unseren Veranstaltungen

ein und treten mit ihnen nicht in politischen Austausch. Zu einem klugen Umgang gehört auch, die politischen Positionen und Provokationen der AfD bewusst ins Leere laufen zu lassen.

Diese Strategie müssen wir auf allen Ebenen stärken. Inzwischen sitzen

Vertreter*innen der AfD in Stadträten und Kreistagen und nutzen geschickt die Möglichkeiten, die ihnen die Demokratie bietet, um dieser zu schaden. Der Konsens der demokratischen Parteien, sich entschlossen dagegenzustellen, muss daher auch vor Ort jeden Tag aufs Neue gelebt werden. Kein Zentimeter den Rechtsextremist*innen! //

Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, aber deshalb noch lange keine demokratische Partei. Wir dürfen uns nicht an sie gewöhnen.

Anja Weber

Vorsitzende des DGB NRW

Schulen brauchen mehr Transparenz

Zu Beginn des Schuljahres 2021/2022 hat die Landesregierung den schulscharfen Sozialindex eingeführt. Damit wird deutlich: Es muss dringend nachgebessert werden, damit die Forderung, Ungleiches ungleich zu behandeln, Realität wird. Im Interview gibt Schulleiter Achim Fischer Einblick in die bisherige Umsetzung des Sozialindex und benennt die Mängel.

Zu Beginn des laufenden Schuljahres hat die Landesregierung den schulscharfen Sozialindex eingeführt. Was versteht man darunter?

Achim Fischer: Der Sozialindex ist ja eine alte Forderung der Bildungsverbände und Gewerkschaften. Es ist schon lange unser Ziel, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Beim Sozialindex geht es im Wesentlichen um die zusätzliche Zuweisung von Personal an Schulen. Dafür liegen beim Sozialindex vier Faktoren bezogen auf die Schüler*innenschaft zugrunde: Inklusion, Zuzüge aus dem Ausland, Sprachförderbedarf und der Anteil von Kindern, deren Familien Sozialleistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch erhalten.

Wie werden diese Faktoren konkret berücksichtigt?

Achim Fischer: Man muss für die Steuerung von Ressourcen natürlich die konkrete Situation vor Ort abbil-

den. Man kann also nicht nur nach den Schüler*innenzahlen gehen, sondern muss schauen, ob beispielsweise Förderschüler*innen darunter sind. Die Frage nach dem sozialen Stand der Schüler*innen ist die mit Abstand unschärfste Größe, weil man sie an der Schule aus Datenschutzgründen nicht konkret erheben kann. Auch die Sozialämter haben ihre Leistungsbemessung umgestellt. Sie zahlen den Familien beispielsweise Geld für Klassenfahrten direkt aus, das dann nicht mehr über die Schulen läuft. All das erschwert die exakte Berücksichtigung der Faktoren. Der Sozialindex ist gut gedacht – aber man hätte es besser machen können.

Wie wird denn der Faktor der sozialen Herkunft einberechnet?

Achim Fischer: Man geht davon aus, dass sich Kinder aus Grundschulen in den umliegenden weiterführenden Schulen gleichmäßig abbilden. Es gibt



ACHIM FISCHER

ist Schulleiter der Janusz-Korczak-Gesamtschule in Neuss und Landes-sprecher der Schulleitervereinigung der Gesamtschulen NRW.

MEHR
FÜR
Bildung

Dieser Beitrag gehört zu unserem
Wahlprüfstein *Gleiche Bildungschancen.*

Unsere Forderungen im Detail unter
gew-nrw.tiny.us/wahlpruefsteine

aber einen Creaming-Effekt. Das heißt, dass die reale Verteilung anders ist. Kinder aus bildungsnahen Familien gehen nach wie vor eher ans Gymnasium. Eine saubere Erhebung ist damit nur schwer möglich.

Wie ist die konkrete Abstufung beim Sozialindex?

Achim Fischer: Aus den ehemals fünf Standorttypen hat man jetzt neun Sozialindexstufen gemacht. Rein rechnerisch wären in jeder Stufe 11 Prozent der Schulen, tatsächlich sind die meisten Schulen aber in den Stufen 3 und 4. Schulen in Stufe 9, wo tatsächlich fast alle Kinder inklusiv, mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf sowie aus sozial schwachen Familien sind, gibt es zum Glück kaum. Aber schon bei 30 bis 40 Prozent Anteil von Kindern mit diesen Faktoren bräuchte man mehr Personal. Das greift derzeit zu spät.

Was ist Ihre konkrete Kritik am Sozialindex in der momentanen Ausführung?

Achim Fischer: Für Schulen ist nicht transparent und damit nicht nachvollziehbar, warum sie im Sozialindex sind. Das Ministerium teilt das ein. Die Schulen wissen beispielsweise nicht, welche Kinder Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch bekommen. Es gab zwar die Aussage des Staatssekretärs, keine Schule soll hinterher weniger Personal haben als vorher. Tatsächlich gibt es solche Fälle aber, besonders bei Schulen an schwierigen Standorten. Das wurde dann im Nachhinein händisch finanziell ausgeglichen, sodass die Schulen faktisch nicht weniger bekommen als früher. Durch diese Nachsteuerung bildet der Sozialindex den Bedarf nach Lehrkräften aber in etlichen Systemen nicht wirklich ab. Auf Nachfrage der betroffenen Schulen gab es die Antwort, die Schulen hätten die Statistik in Bezug

auf Migration und Sprachförderbedarf falsch geführt. Das macht Transparenz sehr schwierig.

Ein weiteres Problem ist die unterschiedliche Schüler*innenstruktur innerhalb einer Schule. In den Oberstufen der Gesamtschulen hat man beispielsweise eine andere Klientel als in der Sekundarstufe I. Deshalb lautet unsere Forderung, den Sozialindex für die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II gesondert zu berechnen. Das Schulministerium geht aber von einer Langzeitschulform von Klasse 5 bis zum Abitur aus.

Zusammengefasst gibt es also Probleme bei der Erhebung, der Transparenz und der Abbildung der finanziellen Differenzen. Den Anteil in der Schüler*innenschaft, der Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch erhält, müsste man als Hauptberechnungsfaktor beispielsweise adäquater abbilden.

>>

„Stellen unterrichten nicht. Man hat zwar den Anspruch, kann aber aufgrund des Mangels an Lehrer*innen sowie Sonderpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen die Stellen oft nicht besetzen.“

Wie wirkt sich der Sozialindex auf die Stellen in der Schule aus, auch konkret an Ihrer Schule?

Achim Fischer: Bei der Neuberechnung wurden zunächst die Gelder für Sprachförderung, Schulsozialarbeit oder multiprofessionelle Teams gestrichen, um diesen Personalbedarf nach dem Sozialindex neu festzulegen. Aber einige Ressourcen werden beispielsweise pro Kind vergeben, statt sie in einen Gesamtpf einfließen zu lassen. So wird beispielsweise bei uns ein*e Integrationshelfer*in nach Hause geschickt und auch nicht bezahlt, wenn „sein“ oder „ihr“ Inklusionskind krank ist. Da würden wir uns eine Pool-Lösung vorstellen. Unsere Gesamtschule, die in Stufe 3 des Sozialindex eingestuft wurde, hat aber keine personellen Veränderungen durch die Umstellung.

Ist nur die Verteilung ein Problem, oder ist zu wenig Geld im System?

Achim Fischer: Der Kuchen ist insgesamt zu klein. Man müsste da zusätzliche Ressourcen reinstecken. Eigentlich müsste ab der Sozialindexstufe 4 schon zusätzliches Personal finanziert wer-

den. Derzeit gibt es aber erst ab Stufe 6 Zuschläge – gestaffelt fünf Prozent mehr pro Stufe. Die große Masse der Schulen ist aber in den Stufen 3 und 4 eingestuft, profitiert also gar nicht von den Zuschlägen.

Und auch da, wo Geld für zusätzliche Stellen bewilligt wird, gibt es ein Problem. Denn Stellen unterrichten nicht. Man hat zwar den Anspruch, kann aber aufgrund des Mangels an Lehrer*innen, Sonderpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen die Stellen oft nicht besetzen. Und die Kolleg*innen, die verfügbar sind, gehen, wenn sie die Wahl haben, auch nicht unbedingt an die Schule im sozialen Brennpunkt, weil entsprechende Anreizsysteme fehlen.

Zusammengefasst kann man den Sozialindex nicht als „Riesenfehler“ bezeichnen, aber an unterschiedlichen Stellen entstehen Löcher, unglücklicherweise genau da, wo man bemüht war, zu kompensieren. //

Die Fragen stellte Simone Theyßen-Speich.

Diplom-Journalistin

Politische Bildung und Neutralität im Einklang

Wie gelingen politische Bildung und Demokratieerziehung in Zeiten eines Wahlkampfes? Was müssen Lehrkräfte mit Blick auf das Neutralitäts-, Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot beachten?

1 Neutral sein und trotzdem eine Meinung haben

Beamt*innen¹ müssen neutral sein, indem ihre Amtsausübung gerecht und offen gegenüber unterschiedlichen Auffassungen ist. Das unterstreicht auch das Schulgesetz NRW, das allerdings laut Paragraph 2 „keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche Bekundungen“ duldet, die „die Neutralität des Landes oder den Schulfrieden gefährden oder stören“. Zur Amtsausübung gehört auch, das Grundgesetz zu verteidigen. Rassismus und Antisemitismus sind keine Meinungen und müssen zurückgewiesen werden. //

2 In der Öffentlichkeit Zurückhaltung zeigen

Beamt*innen¹ sollen bei Kritik an staatlichem Handeln gemäß Beamt*innenrecht in Form und Inhalt „zurückhaltend“ auftreten. Insbesondere in den Monaten vor einer Wahl sollen Landesbedienstete sich nicht öffentlich zu Vorgängen ihres dienstlichen Aufgabenbereichs äußern, wenn dies parteipolitische Auswirkungen haben kann. //

3 Kontroversen im Unterricht thematisieren

Im *Beutelsbacher Konsens* wird die Kontroversität des politischen Unterrichts herausgestellt. Was in der Gesellschaft kontrovers sei, müsse auch im Unterricht als kontrovers dargestellt werden. Damit Schüler*innen vor Indoktrination geschützt sind, müssen sich Lehrkräfte an das „Überwältigungsverbot“ halten und Schüler*innen eine eigene Meinungsbildung ermöglichen. Demokratiefeindliche Positionen sind zurückzuweisen. //

+++

Hinweise für Schulen

tinyurl.com/schule-wahlen

Hinweise für Lehrkräfte

tinyurl.com/neutralitaet-wahlkampfzeiten

¹ An dieser Stelle ist von Beamt*innen die Rede, weil Neutralitäts-, Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot auf das Beamt*innenrecht zurückgehen. Da das Land diese Regelungen auch auf Angestellte überträgt, sind hier neben verbeamteten auch angestellte Lehrkräfte gemeint.

4 Politiker*innen einladen

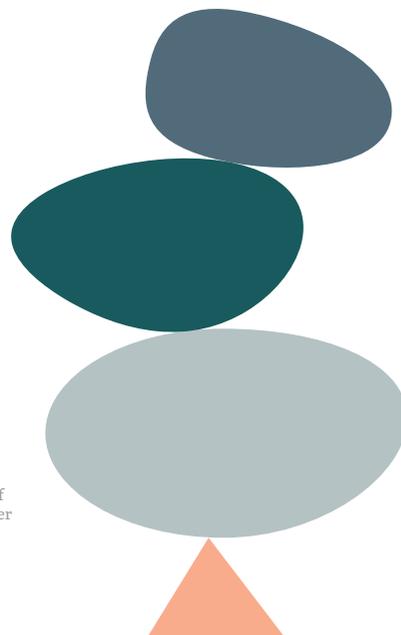
Die neutrale Grundhaltung der Schulen wird keineswegs verletzt, wenn sie Podiumsdiskussionen mit Politiker*innen durchführen, um Meinungsstreit als Grundelement einer demokratischen Kultur in den politischen Unterricht zu integrieren. Parteien haben allerdings keinen Anspruch, eingeladen zu werden. Die Schule entscheidet darüber ebenso wie sie – durch Moderation, Vor- und Nachbereitung – für Vielfalt sorgt. In den Wochen unmittelbar vor einer Wahl sollte auf Veranstaltungen mit Bezug zum Wahlkampf verzichtet werden. //

5 Einschüchterung entgegentreten

In den letzten Jahren hat die AfD Schüler*innen und Eltern aufgefordert, unliebsame Positionen von Lehrkräften auf „Prangerportalen“ zu veröffentlichen. Niemand sollte sich durch diese Versuche, mit Berufung auf Neutralität eine Atmosphäre von Denunziantentum zu schaffen, einschüchtern lassen. Wir müssen konsequent für Demokratie und gegen Rassismus eintreten. Die GEW NRW, ihre Personalräte und das Netzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* bieten Unterstützung. //

Manfred Diekenbrock

freier Referent für
gewerkschaftliche Bildung



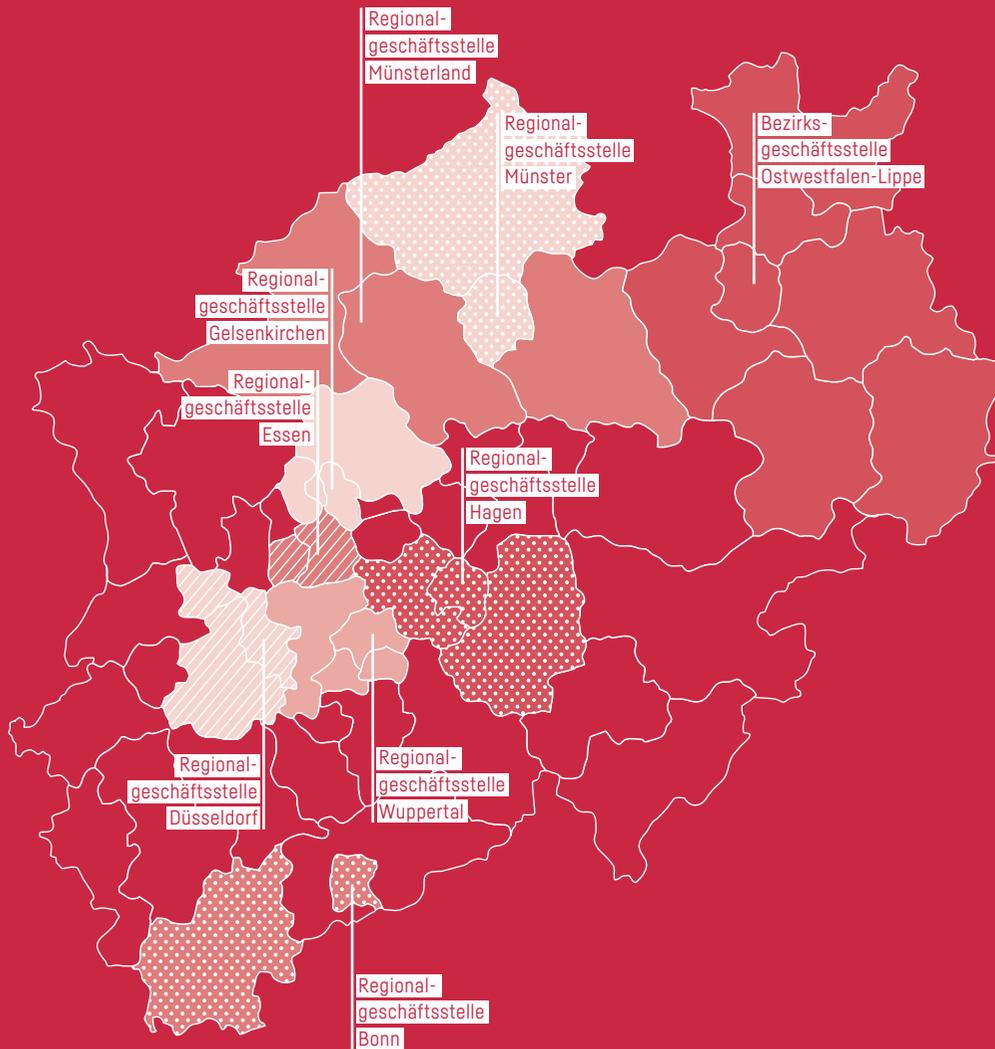
INSPIRIEREN

Ideen und Impulse

Gemeinsam stärker

Im Projekt *GEW NRW stärken* bilden Gliederungen Kooperationen, um die ehrenamtliche Arbeit vor Ort zu erleichtern. 38 der insgesamt 53 Gliederungen der GEW NRW sind bereits dabei.

Quelle: GEW NRW, eigene Darstellung





Die Vorstandsarbeit macht wieder Spaß

Um Vorsitzende*r eines GEW-Ortsverbands zu sein, brauchte man früher vor allem einen großen Keller. Zum Ehrenamt gehörten die Lagerung und der Versand von bergeweise Materialien. Von solchen organisatorischen und logistischen Aufgaben sollen Kolleg*innen vor Ort durch das Projekt *GEW NRW stärken* entlastet werden.

In Caroline Lensings Esszimmer haben sich früher nach Feierabend bis zu zehn Kolleg*innen getroffen und Hunderte Umschläge für die Mitglieder des GEW-Kreisverbands Neuss gefüllt. „Das hat sehr viel Zeit und Energie gekostet“, sagt die Vorsitzende. Ihr Zuhause kam ihr oft vor wie ein Lager. „In den Sommerferien hatte ich mal 40 Kartons mit GEW-Tassen bei mir stehen.“

Mehr Raum für politische Arbeit schaffen

Organisation, Verwaltung und Logistik stellten die Vorsitzenden und Leitungsteams jahrelang vor große Herausforderungen. Darunter litt die inhaltliche und politische Arbeit. Beim Gewerkschaftstag 2017 wurde daher beschlossen, ein Konzept zur Unterstützung

der ehrenamtlichen Arbeit in den Gliederungen zu erarbeiten.

Alle sollten gegen Beteiligung an den Kosten Dienstleistungen einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle in Anspruch nehmen können – etwa Postversand, Mitgliederverwaltung, Pflege der Website und Organisation von Veranstaltungen. Das kann über den Einkauf einzelner Leistungen, einen Kooperationsvertrag mit einer Geschäftsstelle oder eine gemeinsam betriebene Regional- oder Bezirks-geschäftsstelle erfolgen.

Caroline Lensings Kreisverband Neuss schloss sich Anfang 2020 der Geschäftsstelle des Stadtverbands Düsseldorf an. „Meist telefonieren die Geschäftsführerin Anja Mühlenberg und ich montags und

>>



besprechen, was in der Woche erledigt werden muss: Materialversand an Schulen, Anmeldungen für eine Fortbildung oder das Catering für eine Veranstaltung“, sagt Vorsitzende Caroline Lensing. Früher seien 80 Prozent der Vorstandsarbeit organisatorisch gewesen, jetzt seien es noch rund 20 Prozent.

„Wir haben auch durch die Professionalität der Düsseldorfer dazugelernt. Ich gebe jetzt zum Beispiel auch häufig Pressemitteilungen heraus“, sagt die Neusser Gewerkschafterin. So habe der Kreisverband eine stärkere Sichtbarkeit in den lokalen Medien erreicht. „Die Vorstandsarbeit macht wieder Spaß.“

Eine Zusammenarbeit, die sich bezahlt macht

Per Kooperationsvertrag kauften die Neusser einen Anteil der Arbeitszeit von Anja Mühlenberg sowie der Nutzung des Düsseldorfer Büros. Die Geschäftsführerin, die für insgesamt knapp 2.900 Mitglieder zuständig ist, arbeitet 20 Stunden für den Stadtverband Düsseldorf, drei für den Kreisverband Neuss und zwei für den Stadtverband Krefeld, der sich Anfang 2022 anschloss.

Viele Handgriffe oder Klicks, wie das Versenden von Material oder E-Mails, macht Anja Mühlenberg jetzt schlicht drei- statt einmal. Andere Tätigkeiten kamen hinzu: Sie telefoniert nun regelmäßig mit drei statt einer Vorsitzenden und ist Drehkreuz des Austausches. So profitierten nicht nur die Kleinen von der Kooperation, sagt sie. Ihr Vorstand hätte berichtet, der Informationsfluss und die Zusammenarbeit aller hätten sich noch mal intensiviert.

Die Kosten für die Geschäftsstelle werden geteilt, allerdings nicht gedrittelt oder an der Zahl der Mitglieder der Gliederung festgemacht, sondern an der Zahl der Arbeitsstunden: Düsseldorf übernimmt demnach 80, Neuss 12 und Krefeld 8 Prozent. Dieses Modell tüftelten die Kassierer*innen lange aus. Es galt, ein System zu finden, das für Neuss und später auch für Krefeld bezahlbar war. „Die Kooperation hat natürlich ihren Preis, aber sie macht sich bezahlt“, sagt Caroline Lensing.

Pionierprojekt in Ostwestfalen-Lippe

In Bielefeld gibt es unterdessen seit dem 1. Januar 2022 die erste eigene Geschäftsstelle auf Bezirksebene: die Geschäftsstelle Ostwestfalen-Lippe (OWL).

In dieser schlossen sich alle sieben Gliederungen des Regierungsbezirks Detmold mit rund 5.300 Mitgliedern zusammen, wie der Bezirksvorstand der GEW Detmold, Stephan Osterhage-Klingler, erklärt.

Der Angestellte der früheren Geschäftsstelle des Stadtverbands Bielefeld, Christian Osinga, übernimmt wie Anja Mühlenberg in Düsseldorf zahlreiche organisatorische Aufgaben für alle Gliederungen. Die dadurch entlasteten Ehrenamtlichen sind weiter für die eigentliche Gewerkschaftsarbeit zuständig. Wichtig ist Stephan Osterhage-Klingler dabei: „Alles, was auf Bezirksebene verlagert und entschieden wird, erfolgt im Konsens, eine Mehrheitsentscheidung reicht nicht.“

Die Geschäftsstelle OWL soll zudem Mindeststandards an Angeboten und Beratung bieten. „Früher war das in den Untergliederungen sehr unterschiedlich: Einige schickten viele E-Mails an ihre Mitglieder, andere deutlich weniger. Es kann aber nicht sein,

dass man regional unterschiedlich mit Informationen versorgt wird.“ Schließlich zahlten alle den gleichen Mitgliedsbeitrag.

In der GEW NRW erhofft man sich von den neuen Strukturen auch einen Schub für die Mitgliedererwerbung. Es werde immer schwieriger, Nachwuchs zu finden, sagt Stephan Osterhage-Klingler: „Jetzt kann man sagen: Viele Aufgaben werden für euch in der Geschäftsstelle erledigt.“

Aufbruchstimmung

Zu deren Finanzierung wurde im Regierungsbezirk Detmold der „Regionalfonds OWL“ gegründet, der sich aus drei Posten zusammensetzt: einem Anteil der Beitragsrückerstattung¹, dem Zuschuss, den es für die Geschäftsstelle Bielefeld ohnehin bereits gab, sowie einer für eine Übergangsfrist beschlossenen jährlichen Förderung vom Landesverband der GEW NRW in Essen. Zwar bleibe so zunächst weniger Geld für die Arbeit vor Ort, es könnten aber viel mehr Angebote ohne Extrakosten gemacht werden, sagt der Bezirksvorstand.

„Die Bezirksgeschäftsstelle OWL ist aus unserer Sicht die optimale Lösung für den Bezirk Detmold“, betont Svenja Tafel, Organisationssekretärin in der Landesgeschäftsstelle Essen. „Wir erleben dort eine regelrechte Aufbruchstimmung.“ Generell erfahre das Projekt derzeit einen „Riesenschwung“, etliche Gliederungen seien inzwischen durch Geschäftsstellen abgedeckt.

Ein großes Thema bleibt indes das Geld: Der Gewerkschaftstag 2022 soll daher ein einheitliches und gerechtes Finanzierungskonzept beschließen. Im Kern geht es darum, wie die vorhandenen Mittel so eingesetzt und verteilt werden können, dass jede Gliederung, die eine Geschäftsstelle haben und eine Kooperation eingehen will, sich das auch leisten kann. //

Nadine Emmerich
freie Journalistin

BORKEN, COESFELD UND WARENDORF

Im Januar 2022 schlossen sich drei Kreisverbände im Münsterland zu einer Regionalgeschäftsstelle zusammen. Eine hauptamtliche Kraft, die zuvor für den Kreisverband Warendorf tätig war, kümmert sich etwa um Material, Logistik und Technik für alle drei Gliederungen.

WUPPERTAL, METTMANN, SOLINGEN UND REMSCHEID

Die Region gehört zu den Pionieren: Schon im Laufe der vergangenen Jahre taten sich die Stadtverbände Wuppertal, Solingen und Remscheid sowie der Kreisverband Mettmann zur GEW im Bergischen zusammen.

¹ Mitglieder überweisen zwar an den Landesverband, die Gliederungen bekommen aber einen Teil davon zurück.



Ein Sprung ins kalte Wasser

Viele Mitglieder bringen sich aktiv in die GEW NRW ein und prägen die gewerkschaftliche Arbeit. Was es bedeutet, als Ehrenamtler eine leitende Position zu übernehmen, im Landesvorstand mitzuarbeiten, und was ihn antreibt, erzählt Frédéric Falkenhagen. Er gehört seit 2016 zum Leitungsteam des Referats Wissenschaft und Hochschule. Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2022 kandidiert er erneut.

„Eigentlich wollte ich mir die Gewässer der GEW NRW in Ruhe anschauen – doch plötzlich war ich mittendrin und musste schwimmen“, schmunzelt Dr. Frédéric Falkenhagen über seine Anfänge bei der GEW NRW. Seit 2016 engagiert sich der 40-Jährige im Leitungsteam des Referats Wissenschaft und Hochschule. Im Hauptberuf ist er im Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung der Universität Siegen tätig, wo er sich um Themen wie Akkreditierung, Strukturentwicklung und Qualitätsentwicklung kümmert. Vor seiner Mitgliedschaft in der GEW NRW war er drei Jahre in der GEW Niedersachsen aktiv. „Mein Plan, langsam zu starten, stellte sich als realitätsfern dar – es mangelte an Nachwuchs. Als 2016 das neue Leitungsteam des Referats gewählt wurde, habe ich mich deshalb ohne Mandat für den Gewerkschaftstag aufstellen und wählen lassen.“

Durch Nachfragen in die neue Aufgabe hineinwachsen

Es ging direkt ins „kalte Wasser“. Unterstützung erhielt Frédéric Falkenhagen von älteren Kolleg*innen, die sich trotz Pensionierung für das Leitungsteam engagierten: „Das war mein helfender Rettungsring – vor allem, weil ich direkt die Arbeit im Landesvorstand übernommen habe.“ Nach dem kalten Wasser kam Neuland: „Ich musste mich nicht nur in einen großen Berg von Aufgaben, Formalitäten und Prozessabläufen einarbeiten, sondern auch in die Struktur des Landesvorstands. Hinzu kamen mein junges Alter – nur die Studierendenvertreter*innen und drei andere Mitglieder waren jünger – und als Nichtlehrer die beruflichen Unterschiede. Herausfordernd war zu entscheiden, welche Themen wirklich wichtig sind und welche nicht. Auch kannte das Gremium die Themen Hochschule und Wissenschaft kaum: Zum Beispiel kam 2016 die Wissenschaftszeitvertrags-gesetznovelle – da konnten sich viele aus ihrer Perspektive zur Arbeitsrealität nicht vorstellen, dass dies für uns ein Fortschritt war. Und natürlich gab es auch für mich Themen wie JA13, die ich zuvor als nicht so relevant eingestuft hätte.“

Fragen, fragen und nochmals fragen wurde zu Frédéric Falkenhagens Strategie, um kleinere und größere Hürden zu überwinden. „Am Anfang habe ich ständig zum Telefon gegriffen, weil einfach viel Wissen vorausgesetzt wird. Und mit jeder Antwort bin ich ein Stück mehr in meine Aufgaben hineingewachsen.“

15 Tage Urlaub und stundenlanges Aktenstudium

Seit seinem Einstieg bei der GEW NRW ist der Alltag von Frédéric Falkenhagen prall gefüllt. Um diesen Zustand fassbarer zu machen, hat er ausgerechnet, wie viel Zeit sein Engagement pro Jahr in Anspruch nimmt: „Ich bin auf 15 Tage Urlaub plus unzählige Stunden Aktenstudium gekommen. Ein großer Vor-

teil ist, dass die Papierberge, die ich am Anfang auf den Tisch bekam, entscheidend reduziert wurden und dass viele Sitzungen digital stattfinden.“

Ein Leben ohne ehrenamtliches Engagement kann er sich trotzdem nicht vorstellen: „Die prekären Beschäftigungsverhältnisse in Hochschule und Wissenschaft werden sich nicht ändern, wenn Menschen wie ich sich nicht dafür einsetzen. Ich brauche nur auf die Anzahl meiner Arbeitsverträge und Rentenversicherungsträger zu schauen, dann weiß ich, warum ich so viel Herzblut und Zeit investiere.“ Zudem treiben die Erfolge ihn an: „Hochschule und Wissenschaft werden sehr viel öfter mitgedacht, als es früher im Landesvorstand der Fall war. Das Bewusstsein dafür, dass es sich um ein Querschnittsthema für alle Bildungsbereiche handelt, steigt kontinuierlich.“

Nachwuchs und Generationenwechsel dringend erforderlich

Der Gewerkschaftstag und die nächste Wahlperiode nahen – was heißt das für Frédéric Falkenhagen? „Ich mache natürlich weiter – allerdings nicht mehr mit dem Leitungsteam, sondern jetzt allein im Boot als Referatsleiter. Wir brauchen dringend Nachwuchs und einen Generationenwechsel. Ich bin als vormals jüngstes Mitglied jetzt der alte Hase“, erklärt Frédéric Falkenhagen und macht zugleich deutlich: „Viele Dinge werden vom Ehrenamt angestoßen und bearbeitet. Es wäre jedoch nötig, dass im Hauptamt mehr Kapazitäten zur Verfügung stünden. Im Gegensatz zum Lehrer*innenbereich gibt es bei uns keine Bezirks- und Hauptpersonalräte und somit keine (teil-)freigestellten Kolleg*innen, deren Tätigkeitsbereich sich über ihre Hochschule hinaus erstreckt. Hier wünschen wir uns mehr Unterstützung.“ //

Denise Heidenreich

freie Journalistin

Hallo, ich bin Otto.

„Je älter man wird, desto
schöner wird das Leben!“

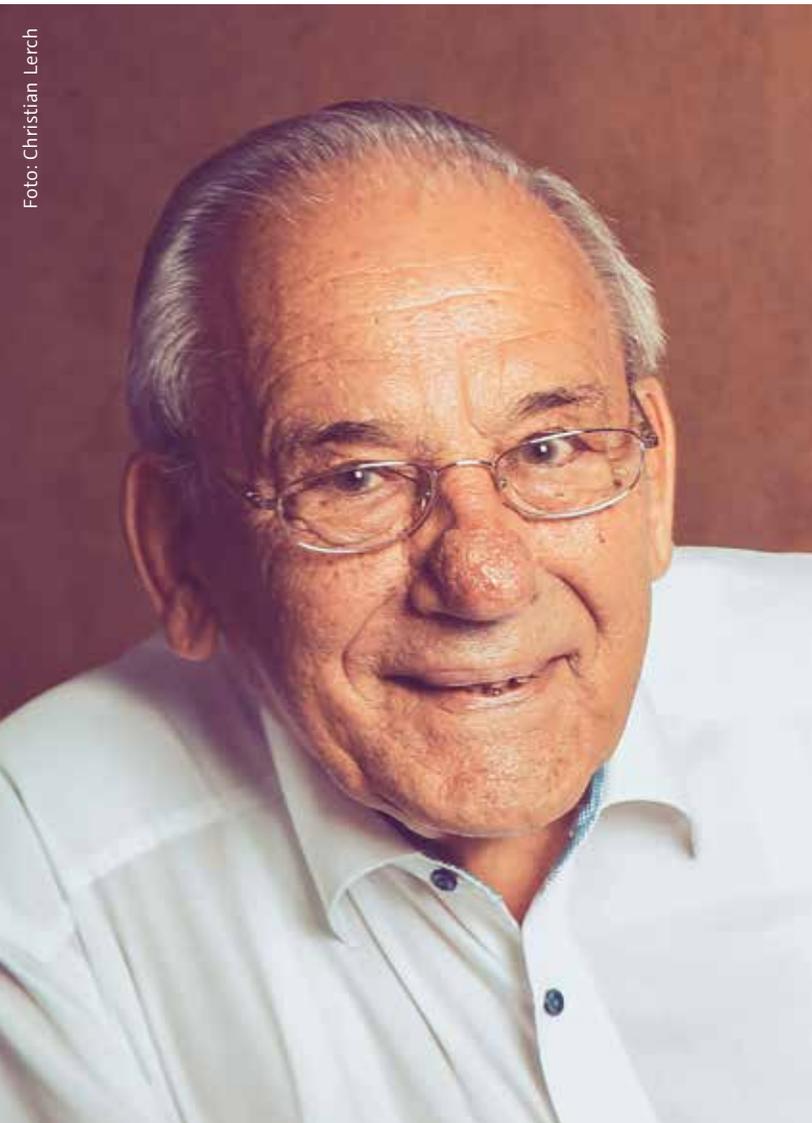


Foto: Christian Lerch

Name und Alter:

Otto Kleinholz, 92 Jahre

Heute arbeite ich als:

Ich bin Lehrer im Ruhestand und habe am Mannesmann-Gymnasium in Duisburg die Fächer Sport, Werken, katholische Religion und Verkehrserziehung unterrichtet.

Das sind meine Hobbys:

Ich mache Sport im Rahmen meiner körperlichen Möglichkeiten und bin ehrenamtlich in Sportvereinen tätig. So leite ich unter anderem den Lehrer*innenturnverein und nehme das Sportabzeichen ab.

Gewerkschaft bedeutet für mich:

Die Verwirklichung der Ideale der Gleichberechtigung, des Zusammenlebens der Menschen sowie des Friedens in der Familie und in der Welt. Deshalb bin ich seit 1949 Mitglied der GEW.

Die GEW müsste:

Noch mehr (junge) Menschen als Mitglieder für die GEW begeistern. Denn es ist lebensbereichernd, erfüllend und macht Lust auf mehr, sich freudvoll für gemeinsame Interessen stark zu machen und sich dabei an den Tugenden Freundschaft, Zusammenhalt und Durchhaltevermögen zu orientieren.

Impressum

lautstark. – ISSN 0720-9673

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW
Nünningstraße 11, 45141 Essen

Redaktion

Vanessa Glaschke
Anja Heifel-Rohden
Sherin Krüger
Alica Kronenberg
Cristina Lamyon
Fritz Junkers (verantwortlicher Redakteur)
Sabine Flögel

E-Mail der Redaktion

redaktion@lautstark-magazin.de
leserbrief@lautstark-magazin.de

Layout, Design, Illustration und Bildredaktion

büreau – raum für gestaltung

Layout und Satz des Onlinemagazins

Lisa Müller, Alica Kronenberg

Lektorat

Annette Gillich-Beltz, Silvia Michel

GEW-Landesgeschäftsstelle

Nünningstraße 11, 45141 Essen
Telefon: 0201 2940301
Fax: 0201 2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Redaktion und Verlag

Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Geschäftsführung: Fritz Junkers
Telefon: 0201 2940306
Fax: 0201 2940314
E-Mail: office@nds-verlag.de

Druck und Versand

L. N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druck-Medien

Papier

Umschlag: Envirotop, 190 g/m²
Innenteil: Envirotop, 80 g/m²

Auflage

50.000, Erscheinungsweise: 7 x jährlich

Für Mitglieder der GEW NRW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sie können die Printausgabe, beispielsweise aus ökologischen Gründen, jederzeit per Mail an info@gew-nrw.de abbestellen und nur die frei zugängliche Onlineveröffentlichung (PDF) unter lautstark-magazin.de nutzen. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind in Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

Titelbild: Orbon Alija / iStock.com

lautstark-magazin.de
gew-nrw.de
nds-verlag.de



Das für die *lautstark.* verwendete Papier ist ein 100-prozentiges Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

lautstark.

DIE NEUE AUSGABE ERSCHEINT AM

21. JUNI 2022

Arbeitsplatz Bildung: Leidenschaft allein reicht nicht

Wer die Personalnot im Bildungssektor beenden will, muss dafür sorgen, dass die Arbeit von der Kita bis zur Hochschule attraktiver wird. Die nächste *lautstark.* fragt nach dem Wie: An welchen Stellschrauben in Ausbildung und Studium muss gedreht werden, um den Arbeitsplatz Bildung attraktiver zu machen? Wie kann die Motivation während des Berufseinstiegs und im weiteren Berufsleben hochgehalten werden? Wie können Karrierewege gestaltet werden? Und was erwartet die GEW NRW von der neuen Landesregierung?

MEHR FÜR BILDUNG GEW NRW LÄDT AUF DER *DIDACTA* ZUM AUSTAUSCH



Archivfoto: Annette Egges

PLANE DEINEN MESSEBESUCH

Wann? 7. bis 11. Juni 2022
jeweils von 9 bis 18 Uhr

Wo? Koelnmesse:
Halle 7.1 Stand E097

Mehr Infos

didacta-koeln.de



BESUCHE DIE GEW NRW AM MESSESTAND – ES LOHNT SICH

Unter das Motto *Mehr für Bildung* stellt die GEW NRW ihre Teilnahme an der Bildungsmesse *didacta*. Sie lädt Beschäftigte aus dem gesamten Bildungsbereich ein, vor Ort ins Gespräch zu kommen. Neben Beratungsangeboten und Infomaterialien bietet die GEW NRW den Standbesucher*innen außerdem eine Verschnaufpause vom Messetrubel an.

Vergünstigte Eintrittskarten erhalten GEW-Mitglieder auf Anfrage über ihre Gliederungen.